



**Presseschau vom 07.04.2022**

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### **Technischer Hinweis:**

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### **Außer der Reihe – Lesetipps:**

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Frag nach der ganzen Geschichte – Eine Antwort auf den gestrigen Kinderkommentar der Tagesthemen**

Gestern (5.4.) sendeten die Tagesthemen einen Kinderkommentar mit der Überschrift "Kinderrechte in der Ukraine – Was stimmt nicht mit Leuten wie Putin?". Verfasst hat ihn die zwölfjährige Ella. Dies ist eine Antwort. ...

<https://kurz.rt.com/2wmq> bzw. [hier](#)

**Rainer Rupp: "Wall Street Journal" enthüllt: Tragödie in der Ukraine wäre per Diplomatie vermeidbar gewesen**

Eine US-Zeitung weiß von einer diplomatischen Initiative von Kanzler Scholz und Präsident Macron aus dem Februar zu berichten. Demnach hätte die Tragödie in der Ukraine verhindert werden können, mit etwas mehr Mumm und etwas weniger Ignoranz. ...

<https://kurz.rt.com/2wls> bzw. [hier](#)

**Gert Ewen Ungar: Der ewige Krieg: Der EU fehlt ein Ausstiegsszenario**

Der Krieg in der Ukraine hat sich gewandelt. Er ist zu einem wirtschaftlichen Vernichtungskrieg des Westens gegen Russland geworden. Dass Vernichtung der Leitgedanke ist, wird daran deutlich, dass die EU weder ein Ausstiegsszenario noch konkrete Forderungen hat. ...

<https://kurz.rt.com/2wgh> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: New York Times bestätigt Echtheit des neuen ukrainischen Mordvideos**

Die US-Zeitung New York Times hat die Echtheit eines grausamen Videos bestätigt, das die Ermordung russischer Kriegsgefangener durch ukrainische Nationalisten zeigt. Die Taten geschahen während des Abzugs der russischen Truppen aus der Region Kiew am 30. März. ...

<https://kurz.rt.com/2wiz> bzw. [hier](#)

**Marinko Ućur: Nach Präsidentschafts- und Parlamentswahlen: Serbien setzt bewährten Weg fort**

Nachdem sich der serbische Präsident Vučić bereits im ersten Wahlgang die zweite Amtszeit in Folge gesichert und seine Serbische Fortschrittspartei die meisten Stimmen bei der Parlamentswahl gewonnen hatte, dürfte Serbien entspannter auf kommende politische Herausforderungen blicken. ...

<https://kurz.rt.com/2wmf> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**20:59 de.rt.com: Umfrage: Nach 20 Jahren westlicher Besatzung "leiden" fast alle Afghanen**

Im Zuge der Machtübernahme der islamistischen Taliban-Miliz hatten westliche Staaten weitreichende Sanktionen gegen Afghanistan eingeführt. Washington beschlagnahmte sogar Vermögenswerte der afghanischen Zentralbank im Umfang von sieben Milliarden US-Dollar. 94 Prozent der Beteiligten einer Umfrage des US-amerikanischen Umfrageinstituts Gallup in Afghanistan haben angegeben, dass ihre Lebenssituation so schlecht ist, dass sie "leiden", wie das Unternehmen in einer Erklärung auf seiner Webseite mitteilte. Dieser Wert stellt nicht nur

einen Rekord für Afghanistan, sondern für alle Staaten, in denen Gallup ähnliche Umfragen durchführt, seit 2005 dar. Die Befragten hatten die Möglichkeit, ihre jetzigen und zukünftigen Lebensumstände auf einer Skala von null bis zehn zu bewerten. Jene, die dabei vier oder weniger angaben, werden als "leidend" eingestuft.

Gallup führte die Umfrage im Zuge der Machtübernahme der radikalislamistischen Taliban-Miliz und des Abzugs der verbleibenden US-amerikanischen Truppen durch. Die Anzahl der Afghanen, die ihre eigene Lebenssituation als katastrophal bezeichnen, ist laut den Umfragen vorhergegangener Jahre seit 2016 ansteigend. Während die Anzahl der Afghanen, die ihre Lebenssituation als gut bezeichneten, seit 2006 nie mehr als 12 Prozent betrug, ist der Anteil jener, die ihre Situation zumindest als durchwachsen einschätzten, von 82 Prozent im Jahr 2006 auf sechs Prozent im Jahr 2021 geschrumpft.

Bei den nach Geschlechtern geschlüsselten Umfrageergebnissen zeigt sich, dass es keine wesentlichen Unterschiede bei der Bewertung der eigenen Lage zwischen Frauen und Männern gibt. 96 Prozent der befragten Afghaninnen und 92 Prozent der Afghanen gaben an zu leiden.

Nach Einkommensverhältnissen sortiert zeigt sich, dass die ärmeren Bevölkerungsteile eine besonders pessimistische Einschätzung zu ihrer jetzigen und zukünftigen Lebenssituation haben. Die ärmsten und zweitärmsten 20 Prozent der Umfrageteilnehmer gaben jeweils zu 100 beziehungsweise 99 Prozent an zu leiden. Aber sogar unter den Wohlhabenderen sieht die Situation nicht wesentlich besser aus: die reichsten 20 Prozent der Befragten gaben auch zu 86 Prozent an zu leiden.

Nach der Machtübernahme der Taliban im August letzten Jahres hatten westliche Staaten weitreichende Sanktionen gegen Afghanistan eingeführt. Die USA hatten sogar ein Vermögen der afghanischen Zentralbank im Wert von sieben Milliarden US-Dollar beschlagnahmt. China, Russland und andere Staaten kritisierten die Blockadepolitik des Westens gegenüber Afghanistan wiederholt und riefen dazu auf, normale wirtschaftliche Beziehungen mit dem Land zu ermöglichen und den Afghanen zusätzliche humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, um eine drohende humanitäre Katastrophe abzuwenden. Westliche Staaten hatten Afghanistan von 2001 bis 2021 besetzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d771eb480cc50fb3b0b52.jpg>

### 21:23 de.rt.com: **Kreml: Ukrainische Delegation zeigt zu wenig Mitwirkung bei Verhandlungen mit Russland**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat erklärt, dass der Kreml an den russisch-ukrainischen Verhandlungen festhalten wolle. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass Moskau sich mehr Mitwirkung von der ukrainischen Seite wünscht.

Die Verhandlungen der russischen und ukrainischen Delegation über die Lage in der Ukraine

schreiten weiter voran. Wie die russische Seite äußerte, erwartet Moskau von Kiew eine stärkere Mitwirkung. Dies sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, vor Journalisten. Auf die Frage, ob bereits Termine für neue Gesprächsrunden bekannt seien, teilte der Kremlsprecher mit:

"Das Einzige, was ich sagen kann, ist, dass der Arbeitsprozess weitergeht. Es liegt noch ein langer Weg vor uns."

Er fügte hinzu:

"Wir würden uns mehr Dynamik von der ukrainischen Seite wünschen."

Die Gespräche zu einer Einigung in der Ukraine-Krise begannen am 27. Februar, wobei mehrere Verhandlungsrunden persönlich und einige als Videokonferenz abgehalten wurden. Die größten Fortschritte erzielten die Delegationen bei einem Treffen mit den Außenministern Russlands, der Ukraine und der Türkei am 29. März in Istanbul. Es war geplant, die Verhandlungen zwei Tage lang fortzusetzen. Da sich jedoch beide Seiten bereits am ersten Tag in zahlreichen Punkten geeinigt hatten, wurde beschlossen, die Runde nicht fortzusetzen. Nach Angaben Moskaus wurden in Istanbul "bedeutende Fortschritte" in Bezug auf den blockfreien und atomwaffenfreien Status der Ukraine sowie auf die Sicherheitsgarantien für das Land erzielt. Die ukrainische Seite erklärte ihrerseits das Einverständnis für die Lage auf der Krim und im Donbass.

Kiew schlug Moskau vor, die Frage der Zugehörigkeit der Krim in bilateralen Gesprächen innerhalb von 15 Jahren zu lösen, während die Frage des Donbass auf einem gesonderten Treffen der Staatschefs geklärt werden sollte. Das Eigentum an diesen Regionen werde von Kiew militärisch nicht angefochten, so der Vorschlag der Ukraine. Kiew erklärte sich auch bereit zu akzeptieren, dass die Sicherheitsgarantien nicht auf die Krim und den Donbass ausgedehnt werden.

Zudem brachte die Ukraine die Idee ins Spiel, den Vertrag über Sicherheitsgarantien multilateral zu gestalten und damit die Grundlage für ein neues Sicherheitssystem in Europa zu schaffen. Kiew schlug auch vor, dass die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, darunter Russland, die Türkei, Deutschland, Italien, Israel, Polen und Kanada, die Garantie für ein solches System übernehmen. Die Ukraine möchte in diesem Zusammenhang, dass Russland keine Einwände gegen den Beitritt des Landes zur EU erhebt.

Wladimir Medinski, der Leiter der russischen Delegation, erklärte später, dass Moskau und Kiew trotz der erzielten Fortschritte noch kein endgültiges Abkommen ausgearbeitet hätten. Am 1. April nahmen beide Seiten ihre Gespräche per Videokonferenz unter Beteiligung von Arbeitsgruppen wieder auf. Nach Bekanntwerden der Vorfälle in der Stadt Butscha im Gebiet Kiew erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, die ukrainische Delegation habe versucht, den Dialog zu unterbrechen.

Lawrow bezeichnete die Veröffentlichung als "Provokation" und erklärte, diese diene als Vorwand, "die laufenden Verhandlungen zum Scheitern zu bringen". Der russische Außenminister sagte zudem:

"Kiew versuchte, den Verhandlungsprozess sofort zu unterbrechen, nachdem die Medien die 'falsche Geschichte über die Stadt Butscha' verbreitet hatten."

In der Nacht zum 3. April verbreiteten die ukrainischen Behörden und westliche Medien Fotos und Videos aus Butscha, auf denen die Leichen von Menschen, angeblich Zivilisten, zu sehen sind. Der Bürgermeister der Stadt, Anatoli Fjodoruk, schilderte, dass die auf den Fotos abgebildeten Personen erschossen und weitere 280 Personen in Massengräbern verscharrt worden seien.

Das russische Verteidigungsministerium bezeichnete dieses Material als eine Provokation. Das russische Militär habe Butscha am 30. März verlassen und sei an der Tötung von Zivilisten nicht beteiligt gewesen. Während die russische Armee die Stadt kontrollierte, sei "kein einziger Anwohner verletzt" worden, so das Ministerium. Kremlsprecher Peskow bezeichnete die Fotos und das Video aus Butscha als Fälschung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624dcc9548fbef3ede0fdd80.jpg>

### 21:23 de.rt.com: **Bericht aus Gebiet Charkow: Russische Militärärzte behandeln ukrainische Zivilisten**

Die Russische Armee verstärkt ihre Präsenz im Großraum Charkow in der Ostukraine und auch die ersten Kriegsreporter folgen den Truppen. In ihren ersten Berichten stellen sie ein russisches Feldlazarett vor, in dem Einwohner der Stadt Isjum behandelt werden.

Seit dem Beginn des Ukraine-Krieges gab es aus der Region Charkow nur wenige Korrespondenten-Berichte. Nun sind mehrere Kriegsberichtersteller in den Großraum Charkow unterwegs und haben bereits das Grenzgebiet zwischen dem Charkower Oblast und den Donbass-Republiken erreicht. Hier soll in den nächsten Wochen von Norden her eine Großoffensive auf Positionen der ukrainischen Armee starten.

Bereits jetzt gibt es heftige Kämpfe südlich der strategisch wichtigen Stadt Isjum im Süden des Charkower Oblast. Isjum, das derzeit unter russischer Kontrolle steht, wird momentan von der ukrainischen Armee mit Streumunition beschossen. Laut Berichten des Reporters der Zeitung Komsomolskaja Prawda, Alexander Koz, werden verwundete Zivilisten aus Isjum in einem russischen Feldlazarett behandelt.

"Isjum begrüßt uns mit Artilleriegebrüll. Die Stadt, die einst das Hauptquartier der ukrainischen Anti-Terror-Operation war, befindet sich nun vollständig unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte. Wenn die ukrainischen Streitkräfte einen Wohnort verlassen, beschießen sie ihn traditionell mit allen Kalibern. Irgendwo im Umkreis von einem Kilometer sind mehrere Dutzend Explosionen auf einmal zu hören – so wird die Streumunition ausgelöst, die von der feindlichen Artillerie über das Mehrfachraketenwerfersystem Smerch abgeschossen wird", schreibt Koz in einem Bericht.

Dann eilen die russischen Krankenwagen zu den beschossenen Orten und bringen Verwundete in ein mobiles Feldlazarett, das mitgelieferten Bildern zu urteilen, in einem Turnsaal eingerichtet ist. Eine Frau sagt, dass ihr Mann beim Beschuss starb. Sie und ihr Sohn seien dem Tod knapp entkommen. Sie ist unter Schock und redet ganz leise. Patienten liegen auf leichten tragbaren Behandlungsbetten, über sie beugen sich russische Militärmediziner, die ihre schwere Schutzausrüstung inklusive Helm auch während der Operationen tragen müssen – die Geschosse können jederzeit auch das Lazarett-Gebäude treffen.

Der Korrespondent beschreibt Verletzungen – in diesem Moment kaum etwas Ernstes. "Die Operationen werden unter örtlicher Betäubung durchgeführt. Einem Mann wird ein Granatsplitter aus dem Unterleib entfernt: 'Hab Geduld, Schatz, es wird besser, hab Geduld.' Die Hand einer Frau wird von Metall gereinigt." Aber mit der Zeit mehren sich auch schwerer Verwundete, die nach ihrer Versorgung im Lazarett mit Militärhubschraubern in das russische Belgorod gebracht werden. Dies ist ein gefährliches Unterfangen, betont Koz, denn die Hubschrauber werden von den tragbaren Luftabwehrraketen Stinger beschossen, die die

Ukraine auch aus Deutschland bekommt.

In einem weiteren Video zeigt er, wie tief die Hubschrauber daher fliegen müssen – kaum zehn Meter vom Boden entfernt. "Stromleitungen müssen sie regelrecht überspringen." Der Korrespondent betont, dass die russischen Ärzte nicht zwischen "unseren" und "fremden" Soldaten unterscheiden, sondern alle behandeln. Das könnten auch ukrainische Soldaten sein, sollten sie in Gefangenschaft geraten. Schließlich kommt er auf die Massaker-Vorwürfe von Butscha gegen die russische Armee zu sprechen.

"Es ist schade, dass diejenigen, die den russischen Kämpfern Massaker an der Zivilbevölkerung vorwerfen, das alles hier nicht sehen. Butscha in der Nähe von Kiew wurde von ukrainischer Artillerie beschossen, so wie sie es jetzt in Isjum macht. Und die Toten auf den Straßen lasten auf dem Gewissen derjenigen, die den Befehl zum Abfeuern von Haubitzen und Raketensystemen auf Wohnviertel gegeben haben."

Er sagt, dass sich die kampfstärksten Verbände der ukrainischen Armee im Gebiet um Slawjansk und Kramatorsk im Norden der Donezker Volksrepublik konzentrieren – im Orten, wo der Donbass-Krieg im April 2014 begann. Nun drohen sie von den gemeinsamen Streitkräften der russischen Armee und den Truppen der Donezker Volksrepublik eingekesselt zu werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624dbdf2b480cc12b4135ae5.jpg>

21:30 de.rt.com: **Russisches Militär: Provokation mit Giftstoffen von Ukraine vorbereitet**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow hat im Rahmen eines Briefings erklärt, dass ukrainische Spezialdienste eine große Provokation mit giftigen Substanzen in der Stadt Perwomaiski in der Region Charkow vorbereiten.

Ukrainische Spezialdienste sollen demnach ein Lager mit 120 Tonnen Chlor in der Region Charkow sprengen und diesen Angriff Russland unterstellen, hieß es weiter. Wiederum sollen russische Streitkräfte in der Region Charkow eine Treibstoffbasis und eine Ansammlung von im Ausland hergestellter militärischer Ausrüstung und Waffen bereits zerstört haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ddddd448fbef3aee400906.jpg>

### 22:44 (21:44) ria.ru: **Journalistin berichtete der UN über die US-Biolabors in Georgien und der Ukraine**

Die bulgarische Journalistin Diljana Gajtandshiewa stellte bei einem informellen Treffen des UN-Sicherheitsrates ihren investigativ Gajtandshiewa en Film über das biologische Labor „Lugar“ in Georgien vor, das in Zusammenarbeit mit dem US-Verteidigungsministerium betrieben wird.

Gajtandshiewas Film erwähnte, dass es verboten sei, in einem Umkreis von einhundert Metern um das Lugar-Labor zu drehen.

Befragte Anwohner, die in der Nähe der Einrichtung wohnten, beklagten sich über ungeklärte Luftemissionen aus dem Labor und manchmal über spezifische Gerüche.

Die Journalistin zeigte dem Publikum eine Karte der Ukraine, auf der von den USA finanzierte biologische Labors markiert waren. Gajtandshiewa zeigte auch eine Reihe von Dokumenten der US-Botschaft in Kiew, die zuvor „durchgesickert“ waren. Dazu gehörte eine Vereinbarung, die angeblich zwischen dem Pentagon und dem Gesundheitsministerium der Ukraine geschlossen wurde. Laut der Journalistin hat sich die ukrainische Seite gemäß der Vereinbarung verpflichtet, Proben von Krankheitserregern, die in Labors auf ihrem Territorium identifiziert wurden, in die Vereinigten Staaten zu transferieren.

Laut Gajtandshiewa führte das Pentagon laut den Dokumenten unter Beteiligung von 4.400 ukrainischen und 1.000 georgischen Soldaten biologische Experimente durch. Die Teilnehmer an diesen Experimenten waren möglicherweise „nicht näher bezeichneten Gesundheitsrisiken“ ausgesetzt.

Laut der Journalistin deuten die Dokumente, die sie erhalten hat, darauf hin, dass das Pentagon seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht hat, Proben von RNA und Synovialgewebe von russischen Einwanderern und Vertretern der kaukasischen Rasse, zu erwerben.

Das russische Verteidigungsministerium hielt zuvor eine Präsentation, aus der hervorgeht, dass die Vereinigten Staaten mehr als 200 Millionen Dollar für den Betrieb von biologischen Labors in der Ukraine ausgegeben haben, die am amerikanischen militärischen biologischen Programm teilnahmen und sich insbesondere mit Pest- und Anthrax-Erregern befassten. Auf dem Territorium der Ukraine wurde ein Netzwerk von mehr als 30 biologischen Labors gebildet, die im Interesse des Pentagons arbeiten, sagte Igor Kirillow, Chef der russischen Abwehrkräfte gegen atomare, biologische und chemische Bedrohungen. Alles für die Fortsetzung des biologischen Programms des US-Militärs sei bereits nach Beginn der russischen Militärsonderoperation aus der Ukraine entfernt worden, sagte er.

Russland schließt im Zusammenhang mit den Tatsachen der militärischen biologischen Aktivitäten der USA in der Ukraine die Einführung eines Konsultationsmechanismus im

Rahmen des Übereinkommens über das Verbot biologischer und toxischer Waffen nicht aus, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/153022/33/1530223329\\_0:143:2963:1810\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_8cfa02ce012c9eb2403893d14d19ea7c.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/153022/33/1530223329_0:143:2963:1810_1280x0_80_0_0_8cfa02ce012c9eb2403893d14d19ea7c.jpg)

21:50 de.rt.com: **US-Waffen für die ukrainische Armee – "für Angriffe aus dem Hinterhalt"**

Wie der Journalist Andrei Koz bei RIA Novosti [berichtet](#), planen die USA eine große Lieferung von "Switchblade"-Drohnen nach Kiew. Die kleinen Drohnen gehören zur Klasse der Sperrmunition, einer wirksamen Waffe auf taktischer Ebene. Die Rede ist von 100 Stück. Diese sogenannten Kamikaze-Drohnen wurden im Auftrag der US-Bodentruppen entwickelt, um die Taliban in unzugänglichen Bergregionen Afghanistans zu bekämpfen. Sie wurden 2011 in Betrieb genommen. Mehrere Tausend Drohnen wurden hergestellt. Die US-Marines und Spezialeinheiten setzten sie "erfolgreich" im Nahen und Mittleren Osten ein, wie es heißt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624de847b480cc0f025e7d87.jpg>

23:07 (22:07) ria.ru: **Tag 42: Neue Daten zu Biowaffen in der Ukraine und ein gestörter Gefangenenaustausch**

Am 42. Tag der russischen Spezialoperation in der Ukraine gelang es der russischen Armee, 34 ukrainische Militäreinrichtungen, darunter neun befestigte Stützpunkte und Truppenbasen, zu neutralisieren.

Das russische Verteidigungsministerium schlug vor, die Provokation in Butscha unter Einbeziehung internationaler Menschenrechtsorganisationen zu untersuchen, und forderte die Vereinten Nationen, die OSZE, das IKRK und die Behörden Deutschlands, der Türkei und Frankreichs auf, von Kiew zu verlangen, dass es dem IKRK Zugang zu russischen

Kriegsgefangenen gewährt, nachdem der Austausch von Kriegsgefangenen durch das Verschulden Kiews unterbrochen worden war.

Auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates wurden neue Daten zu biologischen Labors in der Ukraine vorgestellt, es wurden auch Pläne ukrainischer Sonderdienste bekannt, ein Lager mit 120 Tonnen Chlor in der Region Charkow in die Luft zu sprengen, um Russland dann die Schuld für den Tod von Zivilisten zuzuweisen.

### **Fortgang der Operation**

Am 42. Tag der Spezialoperation zerstörte russisches Militärpersonal mit hochpräzisen Raketen aus der Luft die Treibstoffbasis sowie eine Ansammlung von im Ausland hergestellter militärischer Ausrüstung und Waffen, die zur Versorgung der ukrainischen Streitkräfte in der Region Charkow geliefert wurden. Die Luftverteidigungssysteme haben auch eine Bayraktar-Drohne abgeschossen.

Russische hochpräzise bodengestützte Raketen zerstörten den Kommandoposten der 56. ukrainischen motorisierten Infanterie-Brigade und den Nazi-Stützpunkt nordwestlich von Donezk, und an nur einem Tag trafen die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte 34 ukrainische Militäreinrichtungen, darunter neun befestigte Stützpunkte und Truppenbasen. Seit Beginn der militärischen Spezialoperation in der Ukraine habe die russische Armee 125 Flugzeuge und 408 Drohnen der ukrainischen Truppen zerstört, sagte Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch.

## **Спецоперація Вооруженных сил России на Украине**

Данные на 06.04.2022

Перешли под контроль России, ДНР и ЛНР:

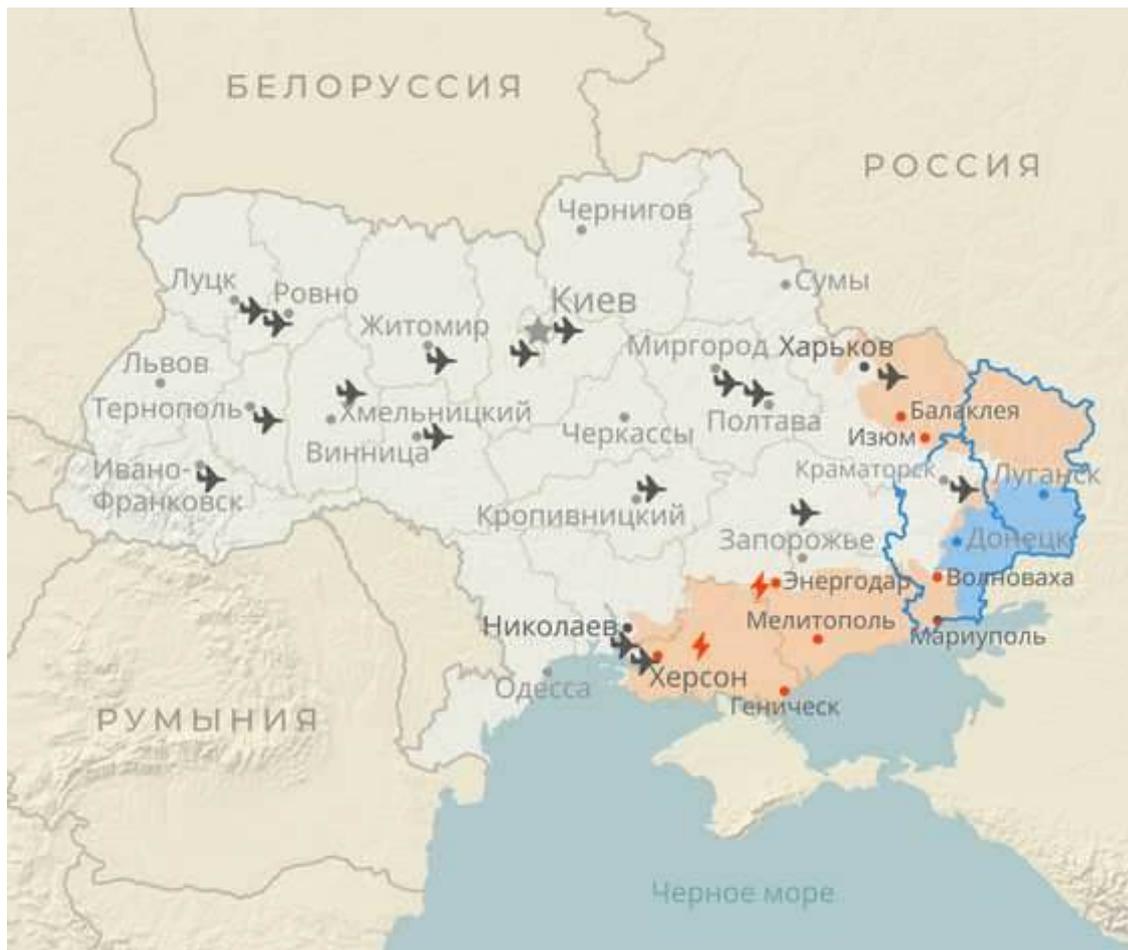
- Населенные пункты и территории
- ⚡ Электростанции

- Населенные пункты, блокированные Российской армией
- ✈ Аэродромы, выведенные из строя Российской армией

Территории ДНР и ЛНР:

- На момент провозглашения республик
- На начало спецоперации (24.02.2022)

<https://cdndc.img.ria.ru/dcnode/releases/prj-ilObmv/assets/header-desk543d220.svg>



<https://cdndc.img.ria.ru/dcnode/releases/prj-ilObmv/assets/desk-nozoom303a3b5.png>

## 22:24 de.rt.com: **EU uneins - Polen blockiert Projekt zur Umsetzung der globalen Mindeststeuer**

Mit Stolz blickte Olaf Scholz auf die globale Mindeststeuer für Konzerne, auf die sich viele EU-Staaten in der ein oder anderen Form einigten. Doch Polen durchkreuzt die Pläne der EU-Kommission. Ungünstig für Frankreich, das den Vorsitz des Finanzrats innehat, kurz vor den Wahlen.

Es war auch ein Prestigeprojekt von Olaf Scholz: die globale Mindeststeuer, für die er sich in der Rolle als Finanzminister starkgemacht hatte. Die lang vorbereiteten Pläne der EU zur Umsetzung der internationalen Mindeststeuer hat Polen mit seinem Vetorecht durchkreuzt. Im vergangenen Jahr hatten sich 131 Länder weltweit auf einen Steuersatz von mindestens 15 Prozent für international tätige Unternehmen sowie auf eine Neuverteilung der Besteuerungsrechte geeinigt, um den internationalen Steuerwettbewerb und die Steuerhinterziehung von Unternehmen einzudämmen.

Allein in Deutschland entgehen dem Fiskus nach Angaben des Netzwerks Steuergerechtigkeit jährlich durch die Gewinnverschiebung multinationaler Unternehmen etwa 30 Milliarden Euro, außerdem 10 Milliarden Euro durch illegale Vermögen in Schattenfinanzplätzen.

Alle EU-Mitgliedstaaten hatten dem Steuerabkommen zugestimmt, daher hat die Europäische Kommission im Dezember einen Vorschlag vorgelegt, damit die Mindeststeuer EU-weit einheitlich umgesetzt wird. 2023 sollte die Reform in Kraft treten, wonach Konzerne mit mindestens 750 Millionen Euro Umsatz pro Jahr nicht nur in ihrem Heimatland Steuern zahlen, sondern auch in den sogenannten Marktstaaten – dort, wo der meiste Umsatz anfällt –, sodass Schwellenländer höhere Einnahmen zu verzeichnen hätten.

Ein weiterer Teil der globalen Steuerreform sollte nach Angaben der Kommission später im

Jahr mit einem Gesetzesvorschlag konkretisiert werden. Darin ging es um internationale Digitalkonzerne wie Apple, Facebook und Amazon, die demnach nicht nur im Heimatland besteuert werden sollten, sondern auch dort, wo sie tatsächlich Geschäfte betreiben.

Mit Verweis auf diese zweite Säule des Abkommens hat Polen von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht und darauf bestanden, beide Teile gesetzlich zu koppeln – auch wenn es nur für den ersten Teil mit den 15 Prozent bislang einen Gesetzestext in der EU gibt.

"Beide Säulen sollten als ein Gesamtpaket gehandhabt werden. Wir müssen an unserem Ziel festhalten, das internationale [Steuerabkommen] vollständig einzuführen, um die finanzpolitischen Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus der Digitalisierung der Wirtschaft ergeben", erklärte die polnische Staatssekretärin Magdalena Rzeczkowska. Feste Zusicherungen, dass der zweite Teil folgen werde, hätten der Regierung in Warschau nicht ausgereicht, erklärte der französische Finanzminister Le Maire am Dienstag.

Frankreich hat derzeit den Vorsitz des Finanzrats inne, konnte nun aber vor den Wahlen nicht mit einem Ergebnis punkten. Le Maire zeigte sich verärgert. Die Gründe, warum Polen das Gesetz abgelehnt habe, seien ein "Mysterium", sagte er. "Ich möchte ihnen einfach sagen, dass wir alle technischen Bedenken der Mitgliedstaaten beantwortet haben". So hätten auch Estland, Malta und Schweden, die bis März noch Vorbehalte hatten, letztlich keine Einwände gehabt. Auch auf die Bedenken Polens habe man reagiert. "Es muss also einen anderen Grund geben, einen Grund, den ich nicht kenne", sagte Le Maire.

Damit deutete er an, ohne zu konkretisieren, was offenbar einige Stellen in Brüssel nun Warschau vorwerfen. Die EU-Kommission hatte Polen unter anderem wegen mangelnder Unabhängigkeit der polnischen Gerichte und anderen Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit beschlossen, EU-Mittel vorzuenthalten. Vor diesem Hintergrund hatte der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro der rechtsgerichteten Partei Solidarna Polska bereits im Dezember vergangenen Jahres angedroht, dass Warschau sein Veto in allen EU-Angelegenheiten einlegen könnte, die Einstimmigkeit erfordern. Das ist bei Steuerthemen der Fall.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d99d348fbef3aee4008b6.jpg>

22:25 de.rt.com: **Medienbericht: USA versuchen, Putin von G20-Teilnahme abzuhalten**

Nach Angaben von Bloomberg versuchen die US-Behörden, Putin an der Teilnahme am G20-Gipfel im November in Bali zu hindern. Einige G20-Mitglieder prüfen auch die Möglichkeit, Delegationen auf niedrigerer Ebene zum Gipfel zu entsenden, sollte der russische Präsident anreisen.

Einige G20-Mitglieder, darunter die USA, versuchen, Indonesien davon zu überzeugen, die Einladung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Gipfeltreffen im November im Lande zurückzuziehen. Dies berichtet Bloomberg unter Berufung auf mit den Gesprächen vertraute Quellen.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur wurde Jakarta gebeten, das Vorgehen Russlands in der Ukraine zumindest zu verurteilen. US-Beamte erörterten auch, ob Präsident Joe Biden dem Gipfel fernbleiben sollte, wenn Putin anreist. Laut Quellen der Zeitung werde er aber wahrscheinlich teilnehmen.

Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA teilte Bloomberg mit, dass die Regierung Biden die Situation mit Indonesien und anderen G20-Mitgliedern erörtert habe und die Angelegenheit im Vorfeld der Veranstaltung genauer untersuchen werde.

Bloomberg-Quellen zufolge könnten einige Staats- und Regierungschefs im Falle der Ankunft des russischen Präsidenten die Anreise verweigern und Delegationen auf niedrigerer Ebene zum Gipfel schicken. Die Agentur schloss auch nicht aus, dass der Gipfel zum ersten Mal ohne ein offizielles Kommuniqué enden würde.

Ende März hatte das indonesische Außenministerium erklärt, eine Einladung an Putin aussprechen zu wollen, weil es "die Unparteilichkeit" wahren und daher alle G20-Mitglieder einladen werde. Laut der Bloomberg-Quelle habe Putin die Einladung bereits erhalten, aber noch nicht geantwortet.

Ljudmila Worobjewa, die russische Botschafterin in Indonesien, erklärte am 6. April gegenüber RIA Nowosti, sie sehe keine Anzeichen dafür, dass die Einladung Putins zurückgezogen werden könnte, aber es gebe Druck auf Jakarta. Sie sagte:

"Gegenwärtig sehen wir keine Anzeichen dafür, dass Indonesien dem westlichen Druck nachgibt. Gleichzeitig weisen die Indonesier zu Recht darauf hin, dass auf der Tagesordnung des Forums vor allem wirtschaftliche Fragen stehen, die bekanntlich ohne die Beteiligung Russlands nicht gelöst werden können."

Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte Ende März, es sei noch zu früh, um über Putins Reise zum Gipfel in Indonesien zu sprechen. Dem Pressesprecher des russischen Präsidenten zufolge wird im Falle eines Ausschlusses Russlands vom G20-Gipfel "nichts Schlimmes passieren".

Der Ausschluss Russlands aus den G20 wurde von Polen befürwortet, das selbst kein G20-Mitglied ist. Biden wies darauf hin, dass, wenn Indonesien und andere Länder mit dem Ausschluss Russlands nicht einverstanden seien, die Ukraine an dem G20-Treffen teilnehmen und Beobachterstatus erhalten sollte. Der chinesische Außenminister Wang Yi erklärte zu den Vorschlägen, dass niemand die G20 zerstören könne.

Der G20-Gipfel ist für den 15. und 16. November in Bali geplant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624dccb4b480cc137546bdc6.jpg>

5:05 (4:05) ria.ru: **In Deutschland ist man überrascht von der Wirkung der Versuche, Russland zu "isolieren".**

Der deutsche Ökonom Beck erklärte, die Sanktionen gegen Russland führten zur Isolierung des Westens.

Umfangreiche antirussische Sanktionen führten nicht zur Isolierung Russlands, sondern isolierten diejenigen, die diese Sanktionen verhängten. Zu diesem Schluss kam der Ökonom Andreas Beck laut N-TV.

Die Beschränkungen, erinnerte der Experte, würden von vielen Ländern nicht unterstützt. Das seien zunächst einmal China, Indien, Israel, Pakistan, fast ganz Südostasien und der Nahe Osten – ein ähnliches Bild zeige sich in Südamerika und Afrika.

Die Folge sei eine gefährliche Situation für Deutschland, da letztlich alles in der Weltwirtschaft vom Zugang zu Ressourcen abhängt. Beck erinnerte daran, dass Russland ein wichtiger Exporteur von Aluminium und Nickel sei und Deutschland auf diese Lieferungen angewiesen sei. Auch die Vereinigten Staaten hätten eine große Nachfrage nach diesen Gütern.

Nach Beginn der russischen Militär-Sonderoperation zur Demilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine verstärkte der Westen den Sanktionsdruck auf Moskau. Die Beschränkungen richten sich vor allem gegen den Bankensektor und die Lieferung von Hightech-Produkten. Der Kreml nannte diese Maßnahmen einen Wirtschaftskrieg, wie es ihn noch nicht gegeben habe, betonte aber, dass er für eine solche Entwicklung der Ereignisse bereit sei.

Präsident Wladimir Putin seinerseits stellte fest, dass die Politik der Eindämmung und Schwächung Russlands eine langfristige Strategie des Westens sei und ihr Hauptziel darin bestehe, das Leben von Millionen von Menschen zu verschlechtern. Die Sanktionen hätten der gesamten Weltwirtschaft bereits einen schweren Schlag versetzt, stellte der russische Staatschef fest und fügte hinzu, dass all dies einen Schlusstrich unter die globale Dominanz des Westens sowohl in Politik als auch in Wirtschaft ziehe.

#### **vormittags:**

#### **6:30 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium: Kiew bereitet "Provokation wie in Butscha" vor**

Ein Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums hat erklärt, dass ukrainische Behörden eine ähnliche Provokation wie in Butscha vorbereiten, um das russische Militär der Tötung von Zivilisten zu bezichtigen. Die Ukraine soll im Gebiet Charkow eine inszenierte Schießerei durchgeführt haben.

Ukrainische Behörden sollen im Gebiet Charkow eine Schießerei inszeniert haben, um das russische Militär der weiteren Tötung von Zivilisten zu beschuldigen. Dies erklärte der Leiter des nationalen russischen Verteidigungskontrollzentrums, Michail Misinzew.

Ihm zufolge sei dem russischen Verteidigungsministerium "zuverlässig bekannt", dass Soldaten des 72. Zentrums für Information und psychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte angeblich "weiteres provokatives Material" über den von der russischen Armee verursachten Tod von Zivilisten vorbereiten. Der Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums erklärte dazu:

"Zu diesem Zweck beschossen ukrainische Nationalisten das Dorf Dergatschi im Gebiet Charkow und filmten anschließend die zerstörten Gebäude und die 'vielen Toten', um die Aufnahmen an die westlichen Medien zu senden."

Er schilderte, dass Journalisten "westlicher Nachrichtenagenturen" an den Dreharbeiten beteiligt gewesen seien und dass alle Teilnehmer "von Zivilisten eine Belohnung von 25 US-Dollar erhalten haben" sollen.

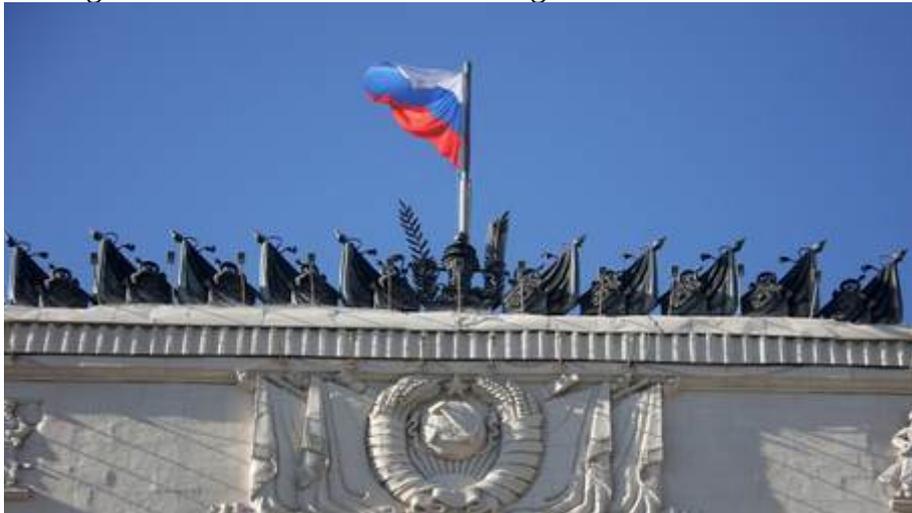
Misinzew betonte, dass Russland Beweise für "ein weiteres schreckliches Verbrechen hat, das vom Kiewer Regime auf Betreiben und mit voller Zustimmung" von Vertretern des Westens vorbereitet werde. Er erklärte:

"Ein ähnliches Butscha-Szenario mit unbegründeten Anschuldigungen gegen die russischen Streitkräfte wird es dieses Mal nicht geben."

Am 3. April veröffentlichten die ukrainischen Behörden und Journalisten von Reuters, AFP und BBC Aufnahmen aus der Stadt Butscha in der Nähe von Kiew, die Massengräber und Leichen auf den Straßen zeigen. Die Stadt war zuvor vom russischen Militär besetzt gewesen, das nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau am 30. März abzog.

Russische Militärbehörden hielten die Bilder für eine Provokation und betonten, dass "kein einziger Anwohner verletzt wurde", solange Butscha unter der Kontrolle der russischen Truppen stand.

Am 5. April erörterte der UN-Sicherheitsrat eine Untersuchung der Ereignisse in Butscha. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte, dass es "kein einziges Verbrechen in Butscha gab, das nicht vom russischen Militär begangen wurde", und deutete an, dass die Täter identifiziert werden würden. Die Notwendigkeit einer internationalen Untersuchung der Ereignisse in Butscha wurde von einer überwältigenden Anzahl von Teilnehmern an der Sitzung des UN-Sicherheitsrates bekräftigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ddf1eb480cc137546bdda.jpg>

### denis-pushilin.ru: **Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zum Tag der Ausrufung der Donezker Volksrepublik**

Liebe Landsleute! In diesem Jahr gratuliere ich Ihnen mit einem besonderen Gefühl zum Tag der Ausrufung der Donezker Volksrepublik!

Es ist die Zeit gekommen, dass die Einwohner der befreiten Ortschaften, die lange Jahre die Besatzung durch das ukrainischen Regime ertragen haben, mit uns gemeinsam mit Feiertag begehen.

Wir haben acht Jahre auf diesen Augenblick gewartet. seit der ganze Donbass gegen den Staatsstreich in der Ukraine aufgestanden und für die Unabhängigkeit der Republik eingetreten ist.

Heute kann man in den befreiten Orten Wolnowacha, Granitnoje, Wolodarskoje und weiteren mehr als 130 Ortschaften frei in der russischen Muttersprache sprechen und seine Großväter und Urgroßväter ehren, die die Welt vom Faschismus befreit haben.

Vor uns liegt viel Arbeit. Andere unserer Städte warten noch auf die Befreiung. In unseren Herzen lebt die Überzeugung, dass der Sieg nah ist, dass wir bald wieder die Herren in unserem Land sein und gemeinsam ein friedliches glückliches Leben aufbauen werden.

Was noch wichtig ist: Zum ersten Mal begehen wir diesen für den ganzen Donbass bedeutsamen Tag als souveräner Staat, der offiziell von Russland anerkannt ist.

Zum Feiertag, Freunde!

Denis Puschilin, Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

7:50 de.rt.com: **Militärhilfe oder Entrümpeln des Arsenal? Großbritannien will**

## **Kampfwagen Mastiff und Jackal an die Ukraine abgeben**

Britische Militärs planen die Entsendung gepanzerter Fahrzeuge als Militärhilfe für die Ukraine, wie die Times mit Verweis auf das Verteidigungsministerium [berichtet](#).

Das Vereinigte Königreich stockt sein Angebot an Waffensystemen und Militärfahrzeugen auf, die an die Ukraine gehen sollen. Man gehe dort davon aus, dass die nächsten drei Wochen für den Ausgang des Krieges entscheidend sein werden.

Seltsam indes ist die Wahl der Fahrzeuge – zumindest laut Bericht der Times: Das britische Verteidigungsministerium erwägt unter anderem die Entsendung von vor Handfeuerwaffen und Landminen geschützten Patrouillenfahrzeugen wie dem [Mastiff](#) oder auch von ungepanzerten Geländewagen des Typs [Jackal](#), als Aufklärungs- oder Fernpatrouillenfahrzeug einzusetzen. Diese könnten es den ukrainischen Streitkräften ermöglichen, weiter auf die russischen Linien vorzustoßen, so die Times weiter.

Es ist allerdings unklar, wie diese in einem Kleinkrieg durchaus nützlichen Fahrzeuge ausgerechnet in einem Konflikt, der im Wesentlichen aus Gefechten der verbundenen Waffen besteht, eine Wende herbeiführen sollen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass im britischen Arsenal Platz für neue Waffensysteme geschaffen werden soll, vielleicht für solche, die für einen "richtigen" Krieg geeigneter sind als jene, die an die Ukraine abgegeben werden sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624e919c48fbef3ca948c825.jpg>

## **7:51 de.rt.com: Orbán schlägt Ukraine-Gipfel vor**

Die ungarische Führung wird seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine dafür kritisiert, dass sie eine gewisse Neutralität in dem Konflikt zu bewahren versucht. Nun schlägt der ungarische Präsident einen Ukraine-Gipfel vor.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat erklärt, er habe den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einem Treffen mit den Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine nach Budapest eingeladen, um den russischen Staatschef aufzufordern, im anhaltenden militärischen Konflikt zwischen Moskau und Kiew einen sofortigen Waffenstillstand zu erklären. Ohne Details zu nennen, erklärte Orbán laut der Nachrichtenagentur AFP:

"Ich habe Präsident Putin vorgeschlagen, einen sofortigen Waffenstillstand auszurufen."

"Seine Antwort war positiv, aber mit Bedingungen."

Orbán's Kommentare erfolgten, nachdem der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij gefordert hatte, dass Ungarn sich zwischen Russland und der "anderen Welt" entscheiden müsse. Es war nicht das erste Mal, dass Selenskij den ungarischen Staatschef für die seiner Meinung nach mangelnde Unterstützung gegen die russische Offensive kritisiert hat.

Am Mittwoch forderte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó Kiew auf, die gegen sein Land gerichteten Beleidigungen einzustellen:

"Dies ist nicht unser Krieg, deshalb wollen und werden wir uns heraushalten."

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen. Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624e6f31b480cc63fa64eeec.jpg>

**armiyadnr.su: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 07.04.2022**

Wie wir bereits mitteilen, verbreitet das Kommando von „Asow“ in Zusammenarbeit mit Spezialisten des 83. Zentrums für informations-psychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte weitere Fakes und Desinformationen.

**Nach uns vorliegenden Informationen setzen die ukrainischen Nationalisten die zielgerichtete Vernichtung der in Schiffe im Hafen von Mariupol fort.** Nach dem Brand des türkischen Schiffes „Asburg“, das unter der Flagge der Dominikanischen Republik fährt, haben die ukrainischen Kämpfer eine weitere Provokation durchgeführt. Fachleute des 83. Zentrums für informationspsychologische Operationen und Nationalisten von „Asow“ haben das Leitungsschiff „Donbass“ in Brand gesetzt. An Bord von beiden Schiffen brennt es noch, Rauchentwicklung ist zu beobachten. Wir schließen nicht aus, dass ukrainische und ausländische Medien in der nächsten Zeit zur Diskreditierung der russischen Truppen beginnen werden, Videos mit getöteten Mitgliedern der Mannschaften der Schiffe zu verbreiten.

**9:09 (8:09) ria.ru: Ukrainische Nationalisten haben im Hafen von Mariupol eine Provokation inszeniert**

Ukrainische Kämpfer zündeten das Kontrollschiff „Donbass“ im Hafen von Mariupol an. Die Volksmiliz der Volksrepublik Donezk berichtet, dass ukrainische Nationalisten eine weitere Provokation im Hafen von Mariupol durchgeführt und das Kontrollschiff „Donbass“ in Brand gesteckt haben.

Die Volksmiliz der DVR berichtete am Dienstag, dass ukrainische Nationalisten ausländische Schiffe im Hafen von Mariupol zerstörten, Rauch wurde auf dem türkischen Schiff „Asburg“ registriert, das unter dominikanischer Flagge operiert.

„Ukrainische Kämpfer haben eine weitere Provokation durchgeführt. Kämpfer der 83. Brigade und die Asow-Nationalisten haben das Schiff ‚Donbass‘ in Brand gesteckt“, wurde in Telegram mitgeteilt.

Nach Angaben der Behörde brennt es derzeit an Bord beider Schiffe weiter und es wird Rauch beobachtet. ...



[https://cdn21.img.ria.ru/images/152924/28/1529242871\\_0:14:2001:1139\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_3028a28527fb69c890b31339ac46d2f1.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/152924/28/1529242871_0:14:2001:1139_1280x0_80_0_0_3028a28527fb69c890b31339ac46d2f1.jpg)

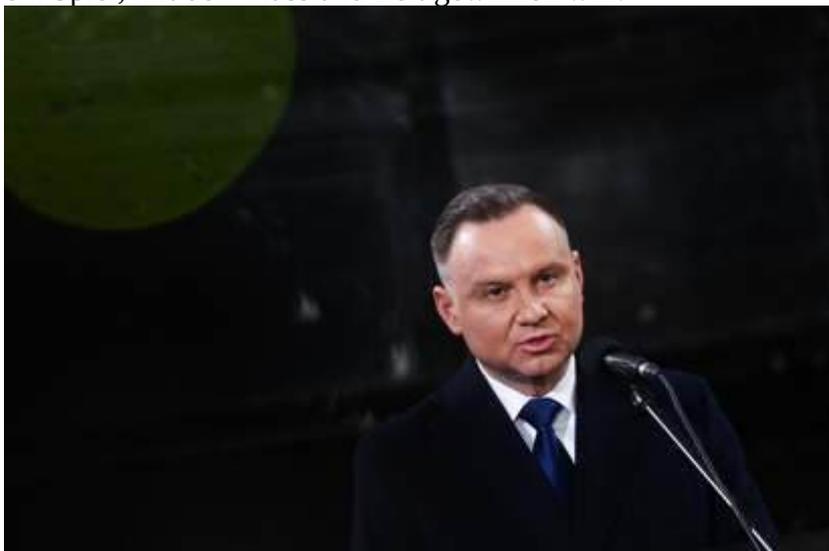
8:10 de.rt.com: **Polens Präsident Duda: Dialog mit Russland "hat keinen Sinn"**

Der polnische Staatschef Andrzej Duda hat die Nützlichkeit diplomatischer Bemühungen mit Russland zur Lösung des Ukraine-Konflikts infrage gestellt. Im Gespräch mit dem Sender CNN sagte er:

"Ein Dialog mit Russland hat keinen Sinn."

Zudem rief Duda dazu auf, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin "sehr harte Bedingungen" zu stellen und die Sanktionen gegen Moskau zu verschärfen:

"Man muss sagen: 'Wenn Sie diese Bedingungen nicht erfüllen, haben wir nichts zu besprechen.' Wir werden die Ukraine entschlossen unterstützen, wir werden das Sanktionsregime verschärfen, denn wenn man einen Dialog führt, der nichts bringt, ist das nur ein Spiel, mit dem Russland Zeit gewinnen will."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624e7beab480cc63e376dff1.jpg>

8:29 de.rt.com: **Krim-Vertreter beim russischen Präsidenten: Im Süden der Ukraine wird Rubel zur Hauptwährung**

Die südlichen Regionen der Ukraine befinden sich seit Wochen unter russischer Kontrolle. Dort kehrt inzwischen Normalität ein und es werden wirtschaftliche Kontakte zur Krim

ausgebaut. Früher bildeten sie mit der Krim eine einheitliche Region.

Die südlichen Regionen der Ukraine kehren langsam zu ihrer alten geowirtschaftlichen Form zurück – zur engen Kooperation mit der Halbinsel Krim. Nun geschieht dies unter russischer Obhut. Das geht aus den Aussagen des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Krim-Regierung, Georgi Muradow, hervor.

"Die Krim und die südlichen Regionen der Ukraine haben nach ihrer Befreiung durch russische Soldaten einen geeinigten Wirtschaftskomplex wiederhergestellt", sagte Muradow gegenüber Tass am Mittwoch. Muradow ist auch ständiger Vertreter der Republik Krim beim russischen Präsidenten.

Im Rahmen einer speziellen Militäroperation in der Ukraine hat die russische Armee wieder Zugang zum hydrotechnischen Knotenpunkt des Nord-Krim-Kanals in der Region Cherson geschaffen. Im Mai 2014 wurde der Kanal durch den Bau eines Damms von der Ukraine trockengelegt, was zu erheblichen Schäden für Landwirtschaft und Wasserversorgung auf der Krim führte. Später sprengte das russische Militär diesen Damm und der Kanal wurde inzwischen mit dem Wasser aus dem Dnepr gefüllt.

"Jetzt ist im Wesentlichen ein einheitlicher Wirtschaftskomplex wiederhergestellt, der viele Jahre lang zwischen den Oblasten Cherson, Saporoschschje und der Krim bestand", sagte Muradow. "Dann [nach dem Ende der speziellen Militäroperation in der Ukraine] wird sich natürlich die Frage nach der Fortsetzung und dem Ausbau der engsten wirtschaftlichen, kulturellen, humanitären und menschlichen Zusammenarbeit mit den Regionen Cherson und Saporoschschje stellen". Der Ständige Vertreter der Krim erinnerte auch daran, dass vor der Oktoberrevolution die Gebiete der Krim, Cherson und Saporoschschje eine einheitliche Region bildeten – die Provinz Taurida.

Muradow merkte an, dass die Griwna in den von Russland kontrollierten Gebieten der Südukraine durch den Rubel verdrängt wird. Einer der Gründe dafür ist die Knappheit der ukrainischen Währung. "Offensichtlich hat nicht jeder sie [Griwna], denn die humanitäre Krise in der Ukraine ist enorm", fügte Muradow hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624de47f48fbef3c8959c45e.jpg>  
(Das Schwarzmeergebiet ist landwirtschaftlich geprägt. Auf dem Bild: eine Landarbeiterin im Gebiet Saporoschschje bei der Süßkirschen-Ernte.)

Er wies darauf hin, dass die Bewohner der Region Cherson schon immer wirtschaftliche Beziehungen zur Krim unterhalten haben. "Die Leute kommen, verkaufen ihre landwirtschaftlichen Produkte von guter Qualität und bekommen Rubel, weil bei uns die Griwna nicht verkehrt. Auf diese Weise wird die Rubel-Masse angehäuft, was zu immer mehr Umsatz führt", sagte der Krim-Vertreter. Dies sei objektive Realität.

Am 24. Februar kündigte der russische Präsident Wladimir Putin eine spezielle Militäroperation als Reaktion auf einen Hilferuf der Führer der Donbass-Republiken an. Er betonte, dass Moskau nicht vorhabe, ukrainische Gebiete zu besetzen, sondern das Ziel die Entmilitarisierung und Entnazifizierung des Landes sei. Die Ukraine warf Russland einen unprovzierten Angriff vor. Die heftigsten Kämpfe gab es bislang in den Gebieten Kiew und Charkow. Die Truppen der Donezker und Luganskser Volksrepubliken befinden sich mit russischer Hilfe auf dem Vormarsch und sind dabei zu ihren im Jahre 2014 proklamierten Grenzen zurückzukehren.

Die meisten Städte in der Region im Süd-Osten der Ukraine wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur Zeit des Zarenreiches gegründet. Ungeachtet dessen, wie die russische Militäroperation auf dem ukrainischen Territorium ausgehen wird, gehen viele Beobachter davon aus, dass die Landbrücke zwischen Krim und Donezk über ukrainische Schwarzmeergebiete in einer oder anderen Form unter russischer Kontrolle bleiben wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624dd97148fbef3d14154896.jpg>

#### 8:30 de.rt.com: **Trudeau: Kanada belässt russische Diplomaten im Land – symbolische Ausweisung der Konsequenzen nicht wert**

Kanadas Ministerpräsident Justin Trudeau hat angekündigt, russische Diplomaten im Land belassen zu wollen. Zwar habe die kanadische Regierung überlegt, dem Beispiel der NATO-Verbündeten in Europa zu folgen, die seit Beginn des russischen militärischen Sondereinsatzes in der Ukraine bereits mehr als 200 russische Diplomaten ausgewiesen haben. Bisher halte man sich jedoch aus Sorge vor einer symmetrischen Antwort damit zurück:

"Ich bin mir einfach nicht sicher, ob eine solche symbolische Geste den Preis wert ist, unsere Diplomaten in Moskau zu verlieren."

Einerseits sei die Unterstützung kanadischer Bürger in Russland bei ihren Belangen, mit denen man sich im Ausland normalerweise an ein Konsulat wendet, sehr wichtig. Zudem hielten die kanadischen Diplomaten Kontakte mit der russischen Zivilgesellschaft aufrecht, so Trudeau.

Es geht Ottawa also auch darum, seine Augen und Ohren in Moskau nicht zu verlieren, [formuliert](#) die kanadische The Globe and Mail.

#### 9:15 de.rt.com: **Österreich weist vier russische Diplomaten aus**

Nach mehrtägigem Zögern schließt sich Österreich den EU-Sanktionen gegen russische Diplomaten an. Wie eine Sprecherin von Außenminister Alexander Schallenberg am Donnerstag mitteilte, wird der diplomatische Status von drei Angehörigen der russischen Botschaft in Wien und eines Angehörigen des Generalkonsulats in Salzburg aufgehoben. Die Sprecherin erklärte laut dpa:

"Die Personen haben Handlungen gesetzt, die mit ihrem diplomatischen Status unvereinbar sind."

Die Betroffenen müssen das Land bis zum 12. April verlassen, hieß es.

### 9:36 de.rt.com: **Ungarn droht Verlust von EU-Fördergeldern in Milliardenhöhe**

Die EU-Kommission hat einen neuen Mechanismus in Gang gesetzt, der dazu führen könnte, dass Ungarn Milliarden von Euro gestrichen werden. Brüssel wirft Budapest seit Jahren vor, die Demokratie zu untergraben und LGBT-Rechte zu verletzen.

Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, hat im EU-Parlament erklärt, dass ihr Gremium und die ungarische Führung "nicht in der Lage waren, eine gemeinsame Basis" in der Frage der Anti-Korruptionsreformen zu finden. Sie fügte hinzu, dass die Antwort Budapests auf eine förmliche Aufforderung in dieser Angelegenheit dem obersten EU-Organ keine andere Möglichkeit lasse, als "zum nächsten Schritt" überzugehen. Sie sagte:

"Die Kommission hat den ungarischen Behörden heute mitgeteilt, dass wir nun ein förmliches Schreiben versenden werden, um den Konditionalitätsmechanismus in Gang zu setzen."

Sie bezog sich dabei auf das Ende 2020 angenommene Instrument, das es der EU erlaubt, einem Mitglied, das sich nicht an "die demokratischen Grundsätze der Union" hält, Hilfgelder vorzuenthalten.

Die Ankündigung, den Konditionalitätsmechanismus auszulösen, erfolgte zwei Tage nach dem vierten erdrutschartigen Wahlsieg in Folge für die Partei Fidesz-KDNP von Viktor Orbán am vergangenen Wochenende. Der Sieg veranlasste Orbáns Stabschef Gergely Gulyas, die EU-Kommission aufzufordern, "die Grundregeln der Demokratie" zu akzeptieren und "die ungarischen Wähler nicht dafür zu bestrafen, dass sie eine Meinung geäußert haben, die Brüssel nicht gefällt". Gulyas bezog sich damit offenbar auf die harsche Kritik der EU-Führung an Orbáns Politik.

Johannes Hahn, der EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, machte deutlich, dass die Behörde vorhabe, die Umsetzung des Mechanismus zu beschleunigen. Eine Aussetzung der Mittel würde jedoch zusätzliche Verhandlungen zwischen den Beteiligten und eine qualifizierte Mehrheit im EU-Rat erfordern. Die EU-Kommission wird Einzelheiten zu bestimmten Fällen vorlegen müssen, in denen Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit direkt zum Missbrauch von EU-Haushaltsmitteln durch ungarische Behörden geführt haben, was bedeutet, dass der Prozess voraussichtlich Monate dauern wird.

Der Konditionalitätsmechanismus wurde zusammen mit einem milliardenschweren Konjunkturpaket von der EU im Jahr 2020 auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie verabschiedet und trat am 1. Januar 2021 in Kraft. Er sollte als "zusätzliche Schutzebene in Fällen dienen, in denen Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit die finanziellen Interessen der EU gefährden oder beeinträchtigen könnten."

Ungarn und Polen, die Hauptnutznießer der Haushaltsmittel, haben gegen das neue Verfahren geklagt, jedoch erfolglos. Der EU-Gerichtshof (EuGH) erklärte im Februar, Brüssel habe das Recht, seine Grundwerte zu verteidigen und somit die Finanzierung der Mitgliedstaaten an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen.

Polen und Ungarn hatten stets argumentiert, dass der Mechanismus in keinem der EU-Verträge enthalten sei. Sie betonten auch, dass der EuGH seine Befugnisse überschreite, indem er einen solchen Mechanismus genehmige.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624e7dfc48fbef3aee400940.jpg>

### 9:40 de.rt.com: **Damals ging es gegen Hitler: Von Butscha-Provokation bewegener US-Senat billigt Lend-Lease an Kiew**

Am späten Mittwoch hat der US-Senat einstimmig ein wichtiges Gesetz zur Wiederbelebung eines Programms aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs verabschiedet: Lend-Lease. Dieses soll dem US-Präsidenten Joe Biden ermöglichen, Waffen und andere sogenannte Hilfslieferungen effizienter an die Ukraine zu liefern.

Die Abgeordneten der Oberkammer des US-Parlaments haben anscheinend den Eindruck, dass das ukrainische Militär russische Truppen abwehren könne, ihnen fehle es nur an Material, schreibt das US-Blatt Politico. Das Lend-Lease-Programm, das während des Zweiten Weltkriegs ins Leben gerufen wurde, ermöglichte den USA, ihre Alliierten ohne zeitraubende Verfahrenshürden mit militärischen und nichtmilitärischen Hilfsgütern zu versorgen.

Auch heute soll der "Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022", wie die Gesetzesvorlage genannt wird, den Transfer von Kriegsgerät und weiteren militärisch relevanten Gütern in die Ukraine durch den Abbau bürokratischer Hürden beschleunigen. Ein solches Gesetz würde außerdem faktisch ein Verschenken von Ausrüstung ermöglichen. Vorgesehen ist lediglich, dass das Empfängerland den USA zu einem späteren Zeitpunkt Rückzahlungen leistet.

Neben dem oben erwähnten offenbaren Missverständnis über die Gründe für das langsame Fortfahren des russischen Einsatzes in der Ukraine, bei dem das erwartete und eingetretene Gefecht verbundener Waffen mit der vielleicht weniger erwarteten Taktik der Ukraine vermengt wurde, die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen, gibt es einen weiteren Auslöser:

Am Mittwochabend nahm der Mehrheitsführer Chuck Schumer in einer kurzen Rede im Senat auf die vom Kiewer Regime in der Stadt Butscha inszenierte Provokation Bezug. Er wertete das angeblich von russischen Streitkräften begangene Massaker als "das pure Böse".

Erst am Dienstag hatte das US-Außenministerium weitere 100 Millionen US-Dollar für eine Lieferung von Javelin-Panzerabwehrkraketen und weiteren Materials an die Ukraine angekündigt, womit sich die militärischen Hilfen an das Land seit dem russischen Einmarsch am 24. Februar auf insgesamt 1,7 Milliarden Dollar erhöhten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624e8fe448fbef3c50502649.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 7.4.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 189 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 220mm- und 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **32 Zivilisten, darunter 5 Kinder, verletzt**. 2 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 83 ukrainische Nationalisten, 9 Feuerpunkte, 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Panzerfahrzeuge und 2 Lastwagen vernichtet. Ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Panzerfahrzeuge und 3 Lastwagen wurden erbeutet.

**23 Soldaten der 56., 54. und 25. Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und rufe dazu auf, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und Blutvergießen zu vermeiden. Wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen, retten Sie Ihr Leben.

10:10 de.rt.com: **Sprecher der Volksmiliz von DVR: Schwere Kämpfe im Zentrum von Mariupol beendet**

Die Einheiten der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk (DVR) haben das Zentrum von Mariupol praktisch von ukrainischen Verbänden befreit. Dies teilte Behördensprecher Eduard Bassurin mit. In einem Interview mit dem Sender Rossija 24 sagte er:

"Was die Lage in Mariupol angeht, kann man sagen, dass die Hauptkämpfe im zentralen Teil der Stadt beendet sind."

Wie Bassurin ferner erklärte, würden die Gefechte im Hafen und der Industriezone des "Asowstahl"-Werks fortgesetzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624e9c9048fbef3c915b6039.jpg>

**10:30 de.rt.com: "Asow"-Regiment hielt über 100 Patienten in einem Klinikum in Mariupol fest – russische Marineinfanterie und Donezker Volksmiliz evakuierten sie in Panzerfahrzeugen**

Russische Marineinfanterie und Reservisten der Donezker Volksmiliz haben mehr als 100 Zivilisten aus einem Stadtklinikum in Mariupol evakuiert, die von Kämpfern des rechtsextremen ukrainischen "Asow"-Regiments (beziehungsweise -Bataillons) am Verlassen des umkämpften Klinikumgeländes gehindert wurden. Das russische Verteidigungsministerium teilte dazu am Donnerstag Journalisten Folgendes mit: "Marineinfanteristen der russischen Marine haben gemeinsam mit Reservisten der DVR erfolgreich die Evakuierung aller Patienten des vierten Stadtkrankenhauses im Stadtteil Lewobereschny von Mariupol gewährleistet. Für sicheren Abtransport der Menschen aus dem Gebiet des Feuerkontaktes mit Einheiten des nationalistischen 'Asow'-Bataillons wurden BMP-2-Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter BTR-80 eingesetzt." Hierfür seien insgesamt mehr als ein Dutzend Fahrten vom Krankenhaus und zurück notwendig gewesen, so der Sprecher des Ministeriums. Unter den Evakuierten befinden sich 16 Kinder.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624ea5b548fbef3ca948c835.jpg>

11:43 (10:43) ria.ru: **Die USA und die NATO sind nicht bereit, in einen direkten Konflikt mit Russland – Naryschkin**

Die Vereinigten Staaten und andere NATO-Staaten seien nicht bereit, in einen direkten Konflikt mit Russland über die Ukraine einzutreten, und beschränkten sich darauf, Waffen nach Kiew zu liefern, sagte Sergej Naryschkin, Direktor des russischen Auslandsgeheimdienstes.

„Die Vereinigten Staaten sowie die meisten anderen NATO-Mitglieder sind eindeutig nicht bereit, über die Bereitstellung moralischer und materieller Unterstützung der Kiewer Junta hinauszugehen und sich offen an direkten bewaffneten Zusammenstößen auf ihrer Seite zu beteiligen“, schrieb Naryschkin in einem Artikel für das russische Journal „Nationale Verteidigung“.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/0c/1758705577\\_0:52:3065:1776\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_c90b5313239ae8a251db3ccd29b6be5b.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/0c/1758705577_0:52:3065:1776_1280x0_80_0_0_c90b5313239ae8a251db3ccd29b6be5b.jpg)

**Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 07.04.2022**

Bei den Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

20 Mann;

7 Schützenpanzerwagen;

8 Fahrzeuge.

Trotz der Niederlage an der Front setzt der Gegner den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 92 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm auf Donezkij und Kalinowo abgefeuert.**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner den Beschuss auf Donezkij unter Einsatz von 152mm-Artilleriegeschützen fortgesetzt.

Durch Beschuss wurden in Donezkij 7 Wohnhäuser zerstört oder beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, operativ bestimmt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien und an Flüchtlinge fort.

### 11:01 de.rt.com: **Nach Kritik aus Polen: Macron verteidigt Telefonate mit Putin**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat seine regelmäßigen Kontakte mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin verteidigt. Zuvor hatte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki Macrons Bemühungen kritisiert, den Dialog mit Moskau aufrechtzuerhalten.

Polens Premierminister Mateusz Morawiecki hatte neulich die Bemühungen des französischen Staatschefs kritisiert, den Dialog mit Moskau inmitten des Krieges in der Ukraine aufrechtzuerhalten. Morawiecki warf Macron außerdem vor, durch den Dialog mit dem Kreml nur wenig erreicht zu haben. "Wir diskutieren nicht, wir verhandeln nicht mit Kriminellen", sagte der polnische Ministerpräsident und verglich Wladimir Putin mit Adolf Hitler.

Macron erwiderte:

"Diese Aussagen sind sowohl unbegründet als auch skandalös."

Er halte es für absolut richtig, ständig mit dem russischen Präsidenten im Namen Frankreichs im Kontakt zu bleiben. "Ich übernehme die volle Verantwortung dafür, dass ich vor einigen Jahren im Namen Frankreichs mit dem russischen Präsidenten gesprochen habe, um den Krieg zu vermeiden und eine neue Friedensarchitektur in Europa aufzubauen", sagte Macron und fügte hinzu, dass er weder "naiv" noch "mitschuldig" sei.

Der französische Präsident wies zudem darauf hin, dass Morawiecki, ein bekannter Euroskeptiker, "eine rechtsextreme Partei" vertrete, sich in die inneren Angelegenheiten seines Landes einmische und seine Rivalin Marine Le Pen unterstütze.

Macron hat wiederholt versprochen, weiterhin mit Moskau in Kontakt zu bleiben, obwohl er das Vorgehen Russlands in der Ukraine als "historischen Fehler" bezeichnete. Seit dem 24. Februar telefonierten die Präsidenten insgesamt neun Mal miteinander. Die beiden besprachen den Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen Moskau und Kiew sowie die Evakuierung von Zivilisten. Macron pocht auf einen Waffenstillstand in der Ukraine. Anfang Februar war er nach Moskau gereist, um auf eine Deeskalation zu drängen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624e924a48fbef3ede0fdde4.jpg>

### 11:10 de.rt.com: **UNO fordert Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen wegen Videos über Ermordung russischer Kriegsgefangener in der Ukraine**

Der Sprecher des UN-Generalsekretärs Stéphane Dujarric hat im Zusammenhang mit einem Video mit ermordeten russischen Kriegsgefangenen in der Ukraine eine vollständige Ermittlung der Menschenrechtsverletzungen im Land gefordert. Auf eine Frage nach einem Kommentar zu dem Video sagte er gegenüber RIA Nowosti:

"Alle Berichte über Menschenrechtsverletzungen müssen gründlich untersucht werden."

Zuvor hatte die US-Zeitung New York Times die Echtheit des Videomaterials bestätigt, das einen Racheakt an gefangenen und verwundeten russischen Soldaten durch die ukrainischen Militärs zeigte. In einem Bericht des Blatts wurden die brutalen Szenen aus der Aufnahme detailliert wiedergegeben und die Vermutung geäußert, dass die Soldaten am 30. März beim Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem Kiewer Vorort in einen Hinterhalt geraten seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624eb61548fbef3c915b605b.jpg>

#### 11:28 de.rt.com: **Moskau: Stationierung von Atomwaffen in Polen wäre höchst provokativ**

Kremlsprecher Peskow hat davor gewarnt, dass Moskau die Weitergabe von US-Atomwaffen an Polen als höchst provokativ betrachten würde, nachdem ein hochrangiger polnischer Politiker erklärt hatte, Warschau sei bereit, ausländische Raketen zur Abschreckung aufzunehmen.

In einem Interview mit dem französischen Rundfunksender LCI sagte Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, am Mittwoch, dass eine Stationierung von US-Atomwaffen in Polen wahrscheinlich eine entsprechende Reaktion Russlands zur Folge haben würde. Dies deute darauf hin, dass Russland seine Haltung zu Nuklearwaffen ändern könnte. Er sagte:

"Für uns wäre das eine große Bedrohung."

"In diesem Fall wäre die Stationierung russischer Atomraketen an der Westgrenze unvermeidlich."

Dabei betonte er, dass Moskau "eine verantwortungsvolle Atommacht" sei.

Peskows Äußerungen erfolgten, nachdem der stellvertretende polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński am vergangenen Wochenende einer deutschen Zeitung erklärt hatte, sein Land sei "offen" für die Stationierung von US-Atomwaffen. Er argumentierte, eine Raketenstationierung an der Ostflanke der NATO sei "sinnvoll" und würde "die Abschreckung gegenüber Moskau deutlich erhöhen".

Während einer Pressekonferenz am Montag erklärte Peskow außerdem, der Schritt würde die Spannungen inmitten der anhaltenden Feindseligkeiten in der Ukraine nur verschärfen und nannte ihn einen Grund zu "tiefer Besorgnis".

Kaczyński war nicht der erste, der diese Idee geäußert hat. Der Gesandte Washingtons in Polen machte 2020 den gleichen Vorschlag und forderte eine Verlegung der US-amerikanischen Atomwaffen, die derzeit in Deutschland stationiert sind. Die US-Regierung lehnte es bisher aber ab, auf diese Vorschläge einzugehen.

Die Stationierung von Atombomben in Polen würde einer Zusicherung der NATO aus dem

Jahr 1996 zuwiderlaufen, wonach es "keine Absicht, keinen Plan und keinen Grund gibt, Atomwaffen auf dem Gebiet neuer Mitglieder zu stationieren". Warschau ist dem Bündnis erst 1999 beigetreten, obwohl andere Mitgliedstaaten, die der NATO zuvor beigetreten waren, weiterhin US-Raketen im Rahmen von Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Atomwaffen stationieren, darunter die Türkei, Italien, Belgien, Deutschland und die Niederlande.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ea1c4b480cc4ed24e0e6b.jpg>

### 11:35 de.rt.com: **Viele tote und verwundete Zivilisten sowie unzählige beschädigte Gebäude – Ergebnis von ukrainischem Artilleriebeschuss der DVR nach 50 Tagen**

Seit der Eskalation des zuvor schwelenden Konflikts in der Ukraine zwischen Kiew und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk am 17. Februar 2022 wurde allein das Gebiet der DVR nahezu 1.700 Mal von den kiewtreuen Truppen beschossen, mehrheitlich unter Verwendung schwerer Waffen. Hierbei prasselten nahezu 19.000 Geschosse auf Ortschaften der Republik nieder – Geschosse, denen 72 Zivilisten zum Opfer fielen.

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes (JCCC) [meldete](#) dazu auf Telegram:

"Der JCCC registrierte 1.695 Vorfälle von Beschuss, davon 1.511 unter Verwendung schwerer Waffen. Der Gegner feuerte insgesamt 19.088 Geschosse verschiedener Kaliber ab, darunter 24 taktische ballistische Raketen 'Totschka-U', 5 Raketengeschosse aus Mehrfachraketenwerfern BM-27 'Uragan' und 1.779 Raketen aus Mehrfachraketenwerfern BM-21 'Grad'.

1.152 Zivilisten (836 aus jüngst befreiten Gebieten), darunter 69 Kinder, trugen Verwundungen unterschiedlichen Schweregrades davon. In den vergangenen 24 Stunden wurden 32 verwundete Zivilisten gemeldet, alle aus jüngst befreiten Gebieten, darunter 5 Kinder."

Die genaue Opferzahl aus den jüngst befreiten Gebieten gelte es noch zu ermitteln, so die JCCC-Vertreter der Volksrepublik Donezk.

Zu Schaden durch ukrainischen Beschuss kamen neben Menschen auch 1.977 Wohngebäude und 509 Infrastrukturobjekte. Zu den Letztgenannten gehören 29 medizinische und 74 Bildungseinrichtungen, 117 Objekte der sozialen Lebenserhaltung, 23 Objekte der kritischen Infrastruktur und sage und schreibe 266 Einrichtungen der Strom-, Wasser- und Gasversorgung. Nicht zuletzt wurden auch 258 Fahrzeuge infolge von Beschuss seitens der regimetreuen Truppen beschädigt oder zerstört, so die DVR-Vertreter abschließend.

**nachmittags:**

### 12:00 de.rt.com: **Großbritannien will der Ukraine weitere Waffen liefern**

Großbritannien hat der Ukraine am Donnerstagmorgen weitere Waffenlieferungen versprochen. "Wir intensivieren unsere Waffenlieferungen an die Ukraine", verkündete die britische Außenministerin Liz Truss. Die Regierung des Vereinigten Königreichs gehe laut einem Bericht der Zeitung The Times davon aus, dass für den Ausgang des Krieges insbesondere die nächsten drei Wochen entscheidend seien.

Großbritannien hatte bereits vor Beginn des Krieges mit Waffenlieferungen an die Ukraine begonnen und vor allem schultergestützte Luftabwehr- und Panzerabwehrraketen zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte entsendet. Des Weiteren unterstützte das Vereinigte Königreich die Ukraine auch mit NLAW-Luftabwehr-Raketen, die unter anderem bei den Kämpfen um die ukrainische Hauptstadt Kiew zum Einsatz kamen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624eb82bb480cc4ed24e0e93.jpg>  
g

### 12:38 de.rt.com: **Rubel stärker als vor der Ukraine-Krise**

Nach Beginn des Ukraine-Krieges war der Rubel deutlich im Wert gefallen. Dann ging es aufgrund beherzter Schritte der russischen Führung wieder aufwärts. Am Donnerstag erreichte der Rubel gegenüber den bedeutenden Währungen den höchsten Stand seit dem 23. Februar. Der russische Rubel stieg am Donnerstag auf 76 Rubel zum US-Dollar und 82 Rubel zum Euro und erreichte damit den höchsten Stand gegenüber den bedeutenden Währungen seit dem 23. Februar.

Nachdem Russland seine militärische Sonderoperation in der Ukraine eingeleitet und die USA und ihre Verbündeten beispiellose Sanktionen gegen das Finanzsystem des Landes verhängt hatten, stürzte der Rubel auf einen historischen Tiefstand. Am 7. März war die russische Währung auf bis zu 150 Rubel pro US-Dollar gefallen.

Bereits am 24. Februar, unmittelbar nach Beginn der Militäroperation, stürzte Russlands Währung ab, da die internationalen Sanktionen gegen die frei gehandelte Währung gerichtet waren. Die westlichen Länder froren Moskaus Devisenreserven ein, was es der Russischen Zentralbank erschwerte, den Rubel durch den Verkauf von Fremdwährungen zu stützen. Die russische Regierung ergriff Maßnahmen, um die von den Sanktionen betroffene Wirtschaft des Landes zu stabilisieren, was der Landeswährung half, sich von ihren Rekordtiefständen zu erholen. Die Zentralbank führte sofortige Kapitalverkehrskontrollen ein, einschließlich eines Verbots für Ausländer, mit russischen Vermögenswerten zu handeln sowie eines Zwangsverkaufs von Hartwährung durch Exporteure.

Einen weiteren Auftrieb erhielt die russische Währung, nachdem Präsident Wladimir Putin im März angekündigt hatte, dass "unfreundliche Länder", die Sanktionen gegen Moskau verhängt

haben, russisches Erdgas nur noch in Rubel bezahlen sollen. Die EU lehnte die Forderung ab. Ungarn und die Slowakei erklärten sich jedoch bereit, die neue Zahlungsweise zu akzeptieren. Ein weiterer Faktor, der für den Rubel sprach, war die Ankündigung der russischen Zentralbank vom 25. März, dass die Aufsichtsbehörde zwischen dem 28. März und dem 30. Juni die Goldankäufe zu einem Festpreis von 5.000 Rubel pro Gramm wiederaufnehmen werde. Damit wird der Rubel an Gold gekoppelt, und da Gold in US-Dollar gehandelt wird, wird auf diese Weise ein Mindestpreis für den Rubel gegenüber dem US-Dollar festgelegt, sodass sich ein neuer Wechselkurs zwischen den beiden Währungen ergibt, der näher an den am Donnerstag beobachteten Werten liegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eb91948fbef3c8959c4c4.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Zum Stand am 7. April 2022 hat die Gruppierung der Truppen der DVR bei Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 160 Ortschaften befreit** und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt, dazu gehören Nowogrigorowka (Wolodarskij-Bezirk), Pannowka, Sushenka, Lugowoje, Fjodorowka, Kaltschinowka, Nasarowka, Ukrainka, Respublika, Xenowka, Noworomanowka, Sergejewka, Startschenkowo, Peremoga, Priasowskoje, Schewtschenko (Perschotrawnewyj-Bezirk), Iljitschowskoje, Rybazkoje, Tschnowoje, Schiropkaja Balka. Die Säuberung von Mariupol geht weiter.

12:55 de.rt.com: **Impfpflicht in Deutschland erst einmal vom Tisch**

Der Entwurf für die Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht in Deutschland ist im Bundestag gescheitert. Den Vorschlag für eine Pflicht zunächst ab 60 Jahre lehnten am Donnerstag 378 Abgeordnete ab, dafür votierten 296, und 9 enthielten sich.

Die Einführung einer Corona-Impfpflicht in Deutschland ist gescheitert. Der Gesetzentwurf für eine Pflicht ab 60 Jahre hat die Mehrheit verfehlt. Für den Vorschlag votierten am Donnerstag 296 Abgeordnete, 378 stimmten dagegen, und 9 enthielten sich.

Bei dem Gesetzentwurf handelt es sich um einen Kompromissvorschlag von Abgeordneten aus SPD, FDP und Grünen. Konkret sahen die Pläne vor, dass für alle ab 60 Jahren eine Pflicht kommen sollte, bis zum 15. Oktober über einen Impf- oder Genesenennachweis zu verfügen. Für 18- bis 59-Jährige, die nicht geimpft sind, sollte zunächst eine Beratungspflicht kommen. Über die Pflichten, Beratungs- und Impfangebote sollten die Krankenkassen die Bürger bis zum 15. Mai informieren.

Der Vorschlag der Union, über den wenige Minuten später abgestimmt wurde, ist nun ebenfalls gescheitert. Für das "CDU/CSU-Impfvorsorgegesetz, ein guter Schutz für unser Land" votierten 172 Abgeordnete, 497 lehnten es ab, und 9 enthielten sich.

Aktuell haben in Deutschland zirka 63,2 Millionen Menschen oder 76 Prozent aller Einwohner mindestens zwei Dosen eines Impfstoffs erhalten. Die Impf-Kampagne ist derweil nahezu zum Erliegen gekommen.

Bereits seit Mitte März gilt bundesweit eine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 für Beschäftigte in Kliniken und Pflegeheimen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach schrieb nach der gescheiterten Abstimmung zur Impfpflicht ab 60 Jahre auf dem Kurznachrichtendienst Twitter, dass nun "die Bekämpfung von Corona im Herbst viel schwerer" werde. Der SPD-Politiker ergänzte:

"Es helfen keine politischen Schuldzuweisungen. Wir machen weiter."

Damit deutet der Bundesgesundheitsminister wohl an, dass er nicht beabsichtigt, zurückzutreten. Zumal – kurz nach dem Scheitern des Gesetzentwurfes – bereits erste Forderungen danach laut wurden.

Auch zwei weitere Anträge sind gescheitert: der AfD-Vorschlag gegen die Impfpflicht; und der Antrag einer Gruppe um FDP-Vize Wolfgang Kubicki, der ebenfalls eine allgemeine Impfpflicht ablehnt – vor allem aus Zweifel an der Schutzwirkung der momentan verfügbaren Vakzine.

Kubicki hatte für seine Entscheidung vor allem juristische Gründe angeführt. Demnach sei aus seiner Sicht eine obligatorische Impfung, "die nicht zu einer sterilen Immunität führt, verfassungsrechtlich nicht begründbar". AfD-Fraktionschefin Alice Weidel hatte der Regierung vorgeworfen, verfassungsfeindlich zu handeln, wenn sie sich anmaße, "das Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Belieben umzubiegen".

Der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen, ein Befürworter der Impfpflicht ab 60, hielt dagegen: Er argumentierte, dass "die Prävention mit der Impfpflicht uns raus aus dieser Pandemie" bringen würde. Demnach wäre die verpflichtende Impfung ab 60 wirksam, rechtssicher und vernünftig.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eccecb480cc4e430a344f.jpg>

### 13:09 de.rt.com: **"Weil sie russische Medien gucken" – BBC-Journalist staunt über Negativ-Sicht auf Selenskij**

In einem kurzen Beitrag für die BBC zum Ukraine-Krieg schildert der Journalist Jonathan Beale die Situation in Lissitschansk. Dort stößt er - für ihn überraschend - auf Menschen, die auch den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij für den Krieg verantwortlich machen.

In einem kurzen Beitrag für den Live-Ticker der BBC zum Ukraine-Krieg schildert der britische Journalist Jonathan Beale die Situation in Lissitschansk. Beale beginnt seinen Artikel hochdramatisch:

"Zerbrochenes Glas und Betonblöcke lagen auf den Straßen verstreut, zusammen mit den verbogenen Stahlresten des Beschusses. In der Ferne konnten wir noch das gelegentliche

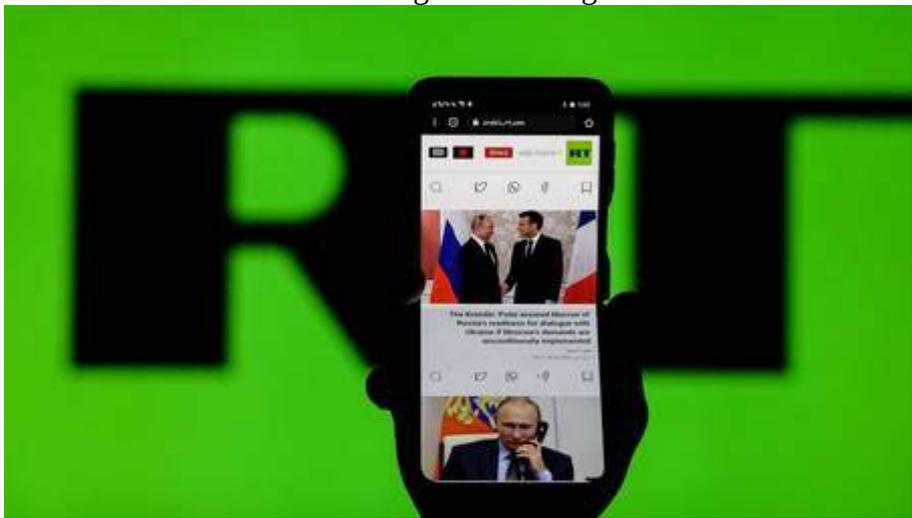
Grollen der Artillerie hören [...] Ein ukrainischer Soldat führte uns durch die größtenteils menschenleeren Straßen zu einem unterirdischen Schutzraum."

Dann folgt ein Abschnitt, in dem der Journalist mithilfe eines Übersetzers zwei ältere Frauen befragt. Zu seiner Überraschung machen die Frauen nicht den russischen Präsidenten Wladimir Putin, sondern seinen ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij für den Krieg verantwortlich. Beale schreibt:

"Wir fragten sie, wer ihrer Meinung nach für den Beschuss ihrer Stadt verantwortlich war – erstaunlicherweise gab keine von ihnen Russland oder Präsident Wladimir Putin die Schuld. Sie waren der Meinung, dass die Ukraine und Präsident Wladimir Selenskij für ihre missliche Lage verantwortlich sind."

Das will der Journalist natürlich nicht so stehenlassen. Prompt folgt die hilfreiche Einordnung für die BBC-Leser: Der Übersetzer macht für die Sichtweise der älteren Frauen die russischen Medien verantwortlich. In dem Artikel heißt es:

"Unser Übersetzer erklärte, dass sie wahrscheinlich das gesehen und geglaubt hätten, was sie in den russischen Staatsmedien gesehen und gehört hatten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eae6148fbef3c5050266a.jpg>

#### 14:18 (13:18) rusvesna.su: **Arestowitschs Geständnis: Die Behörden haben die Ukrainer über die Feindseligkeiten belogen und das Leben von Zivilisten geopfert**

Aleksej Arestowitsch, Berater des Leiters des Büros (der Verwaltung) des Präsidenten der Ukraine, gab tatsächlich zu, dass Selenskij entschieden hat, sein Volk zu täuschen, um nicht zuzulassen, dass die Menschen in Massen vor den Feindseligkeiten fliehen.

Tatsache ist, dass, wenn die ukrainischen Behörden die Bürger über die bevorstehende Sonderoperation der Russischen Föderation informierten (von der sie angeblich wussten), 12 bis 13 Millionen Flüchtlinge das linke Ufer des Dnjepr verlassen würden, und dies würde das Verschwinden der menschlichen Schutzschilde für das Kiewer Regime bedeuten.

Am Tag vor Beginn der Spezialoperation erklärte der Verteidigungsminister der Ukraine, dass keine Gefahr des Ausbruchs von Feindseligkeiten bestehe. Infolgedessen saßen Millionen von Ukrainern in der Falle und waren dazu verdammt, sich vor Kugeln und Panzern zu verkriechen.

Darüber hinaus zerstörten die Streitkräfte der Ukraine gleich zu Beginn der Feindseligkeiten mit dem gleichen Ziel (Zivilisten in strategischen Siedlungen zu halten und sie in menschliche Schutzschilde zu verwandeln) massiv Brücken.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/aleksey\\_arestovich\\_2.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/aleksey_arestovich_2.jpg)

13:40 de.rt.com: **Lukaschenko: Verhandlungen zur Ukraine ohne Weißrussland nicht möglich**

Die Verhandlungen zur Lösung der Ukraine-Krise können ohne die Beteiligung von Minsk nicht vonstattengehen. Dies behauptete der weißrussische Staatschef Alexander Lukaschenko bei einer Sitzung des Sicherheitsdienstes der Republik. Er sagte:

"Es kann keine Verhandlungen ohne die Beteiligung Weißrusslands geben. Da ihr uns – vor allem die westlichen Länder – mit hineingezogen habt, sollte die Position Weißrusslands bei den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht werden."

Seine Stellungnahme begründete Lukaschenko damit, dass der Ukraine-Krieg "hinter dem Zaun unseres Landes geführt" werde und die Situation in Weißrussland drastisch beeinflusse. Der Präsident betonte:

"Deshalb kann es keine separaten Vereinbarungen hinter dem Rücken Weißrusslands geben." Lukaschenko zeigte sich außerdem davon überzeugt, dass Russland diesen Standpunkt nachvollziehe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624ec671b480cc647579f123.jpg>

13:47 de.rt.com: **Lawrow: Als die Friedensgespräche gut und konkret wurden, kam plötzlich Butscha...**

Russland wirft dem Westen vor, gegen Fortschritte bei den Friedensgesprächen mit der Ukraine zu arbeiten. Außenminister Lawrow erklärte, dass sich die "Provokation" in Butscha genau zu dem Zeitpunkt ereignete, als die Kiewer Delegation in Istanbul zum ersten Mal mögliche Friedensbedingungen zu Papier brachte.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow sagte am Dienstag, er glaube, dass der Westen die "Hysterie" um die angeblichen Massenmorde in der ukrainischen Stadt Butscha benutzt, um die Friedensgespräche zwischen Moskau und Kiew zum Scheitern zu bringen. Die angeblichen Ereignisse in der Stadt, die er als "Provokation" bezeichnete, seien inszeniert worden, als bei den Friedensverhandlungen in Istanbul Fortschritte erzielt wurden, fügte er hinzu.

"Wir neigen dazu zu glauben, dass der Grund für dieses Verhalten im Wunsch liegt, einen Grund zu konstruieren, mit dem die laufenden Verhandlungen gestört werden sollen. Und zwar genau in dem Moment, in dem, wie man so sagt, das Licht, wenn auch nicht sehr hell, aber dennoch, am Ende des Tunnels zu sehen ist."

"Am 29. März legte die ukrainische Seite erstmals während der Verhandlungen zwischen unseren Delegationen eine schriftliche Version vor, in Bezug darauf, wie der Status der Ukraine und seiner Sicherheitsgarantien aussehen könnten", ergänzte der Außenminister. Laut Lawrow habe Kiew im Zuge der Verhandlungen mit Russland "zum ersten Mal seine Bereitschaft zu Papier gebracht", sich für neutral, blockfrei und nicht nuklear bewaffnet zu erklären. Darüber hinaus, betonte er, hätten die Ukrainer formal zugesagt, keine Waffensysteme fremder Staaten auf ihrem Territorium zu stationieren oder dort Übungen unter Beteiligung von ausländischem Militär durchzuführen, ohne die Zustimmung aller Garantestaaten des zukünftigen Vertrags, einschließlich Russlands.

Die Sicherheitsgarantien des Abkommens, argumentierte Lawrow, hätten eine NATO-Osterweiterung vollständig ausgeschlossen und eine "unteilbare Sicherheit auf dem europäischen Kontinent" gewährleistet. Darüber hinaus, fügte der Minister hinzu, habe die ukrainische Seite selbst im Entwurf festgehalten, dass die Krim und der Donbass von den Bestimmungen ausgeschlossen wären, ein Schritt, den Lawrow als "Fortschritt" bezeichnete. "Noch einmal möchten wir diejenigen, die die Aktionen von Kiew lenken, und wir wissen, wer das ist, dringend auffordern, sich ihrer Verantwortung für die Sicherheit in Europa weiterhin bewusst zu bleiben. Russland ist bereit für dieses Gespräch, aber damit wir wirklich vorankommen und nicht den Anschein von Fortschritt machen, bestehen wir darauf, dass ein eindeutiges Signal an Kiew gesendet wird, keine Sabotagehandlungen zu betreiben, sonst riskieren wir, das Schicksal der Minsker Vereinbarungen zu wiederholen, und wir werden dem niemals zustimmen", sagte der Minister.

Nach dem Abzug russischer Truppen aus Butscha wurden in der Stadt nördlich von Kiew Hunderte ermordeter Zivilisten entdeckt. Die Ukraine macht die russischen Truppen für das Massaker verantwortlich, die das Gebiet bis vor Kurzem besetzt hatten, Moskau bestreitet dies. Während sich westliche Politiker in dieser Angelegenheit auf die Seite der Ukraine stellten, erinnerte China daran, dass eine Untersuchung notwendig sei.

Die Ukraine signalisierte, weiterhin an einer diplomatischen Beilegung der Differenzen mit Russland interessiert zu sein. Laut dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij ist ein Friedensabkommen zwischen Kiew und Moskau möglich. "Ja, denn die Ukraine muss zum Frieden finden. Wir befinden uns im Europa des 21. Jahrhunderts. Wir werden unsere diplomatischen und militärischen Bemühungen fortsetzen", sagte er am Montag bei einem Besuch in Butscha.

Am 29. März fand in Istanbul eine weitere Verhandlungsrunde zwischen Moskau und Kiew statt. Zuvor hatten Vertreter beider Länder in Weißrussland drei Treffen abgehalten. Die Verhandlungen begannen am 28. Februar in einer Kleinstadt in der weißrussischen Region Gomel. Sie setzten sich dann am 3. und 7. März in Białowieża Pušča fort. Später wurden die Gespräche per Videoschalt fortgeführt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eca4fb480cc4f87084e66.jpg>

### 13:54 de.rt.com: **USA warnen Indien vor weiteren Waffenkäufen aus Russland**

Das Pentagon ist der Meinung, dass Indien seine Waffenkäufe aus Russland verringern und zu US-Lieferanten wechseln sollte, so der US-Verteidigungsminister bei einer Anhörung vor US-Abgeordneten. Neu-Delhi müsse überzeugt werden, auf russische Waffen zu verzichten.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat erklärt, dass weitere Käufe russischer Waffensysteme durch Indien "nicht in dessen bestem Interesse" seien. Die Führung in Neu-Delhi solle einige dieser Systeme gegen US-amerikanische und verbündete Rüstungsgüter austauschen. Indien ist der größte Militärimporteur der Welt und bezieht fast die Hälfte seiner externen Waffenlieferungen aus Russland.

Die Aussage Austins war eine Antwort auf eine Frage des US-Abgeordneten Joe Wilson, der Indien als einen "geschätzten Verbündeten" der USA und "die größte Demokratie der Welt" bezeichnete. Was, so fragte Wilson Austin, könnten die USA tun, um "die indische Führung davon zu überzeugen, Putin abzulehnen und sich mit ihren natürlichen Verbündeten der Demokratie zusammenzuschließen".

Der US-Verteidigungsminister antwortete, die USA hätten "die besten Waffensysteme der Welt" und würden sie Neu-Delhi anbieten. Er fügte hinzu, dass das Pentagon weiterhin mit Indien zusammenarbeiten wolle, um sicherzustellen, dass es versteht, dass es nicht in dessen bestem Interesse sei, weiterhin in russische Ausrüstung zu investieren. Während der Anhörung vor den Mitgliedern des House Armed Services Committee erklärte Austin weiter:

"Unsere Forderung für die Zukunft ist, dass sie die Art der Ausrüstung, in die sie investieren, zurückschrauben und mehr in die Dinge investieren, die uns weiterhin kompatibel machen."

Der Pentagon-Chef ist nicht der erste US-Beamte, der von einer Steigerung der US-Waffenverkäufe an Indien spricht. Der frühere US-Präsident Donald Trump unterzeichnete mit dem indischen Premierminister Narendra Modi im Jahr 2020 einen Vertrag über die Lieferung von Apache-Hubschrauber und Hellfire-Raketen im Wert von drei Milliarden US-Dollar.

Trotz dieses Anstiegs der Verkäufe bleiben die USA bloß Indiens drittgrößter Waffenlieferant und lieferten zwischen 2017 und 2021 nur zwölf Prozent der Waffenimporte Neu-Delhis. Frankreich hingegen liefert 27 Prozent, während Russland einen Anteil von 46 Prozent hält, was Zahlen des Stockholm International Peace Research Institute belegen.

Diese Partnerschaft geht auf den Kalten Krieg zurück, als Indien als Gründungsmitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten Waffen von der Sowjetunion kaufte, ohne jemals ein formelles Bündnis mit der UdSSR einzugehen. Einigen Analysten zufolge sind bis heute 85 Prozent der wichtigsten indischen Waffensysteme russischen oder sowjetischen Ursprungs. Dazu gehören die Kampfflugzeuge Su-30, MiG-21 und MiG-29 der indischen Luftwaffe, der Kampfpanzer T90MS der indischen Armee und der einzige Flugzeugträger der indischen

Marine, die in Russland gebaute INS Vikramaditya. Darüber hinaus hat Neu-Delhi trotz des starken Drucks aus Washington, einschließlich der unverhohlenen Androhung von Sanktionen, die Anschaffung des russischen Luftabwehrsystems S-400 vorangetrieben. Es ist unklar, bei welchen Waffensystemen Austin möchte, dass Indien seine Investitionen "herunterfährt". Insbesondere die Anschaffung des S-400-Systems durch Verbündete hat Washington in der Vergangenheit verärgert. Die Türkei kaufte das russische System trotz wiederholter Warnungen der USA und wurde daraufhin sogar mit Sanktionen belegt und aus dem F-35-Kampfflugzeugprogramm ausgeschlossen.

Austins Aufforderung an Indien kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die USA weitere Weltmächte unter Druck setzen, Russland aufgrund der Militäroffensive in der Ukraine zu isolieren. Während die EU-Länder dem Aufruf sofort gefolgt sind und Russland auch zum Nachteil ihrer eigenen Wirtschaft sanktioniert haben, hat sich Indien geweigert, seine neutrale Haltung aufzugeben und will trotz der Beteuerungen des Weißen Hauses weiterhin Handel mit Russland treiben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624e9e06b480cc4f90522e7c.jpg>

#### 14:35 de.rt.com: **EU-Parlament fordert sofortigen Importstopp von russischem Öl und Gas**

Eine Mehrheit der Abgeordneten im EU-Parlament hat einen sofortigen Lieferstopp von Öl, Kohle und Gas aus Russland gefordert. Zudem drangen die Abgeordneten am Donnerstag in einer entsprechenden Resolution auf ein Embargo von russischem Kernbrennstoff und dass die Erdgasfernleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 vollständig aufgegeben werden. Die EU-Kommission solle zusammen mit den einzelnen EU-Mitgliedstaaten einen Plan ausarbeiten, um die Energieversorgungssicherheit der EU auch kurzfristig sichern zu können, heißt es in der Resolution. Bei der zugehörigen Abstimmung stimmten nach Angaben des EU-Parlaments 413 Abgeordnete dafür und 93 dagegen. 46 enthielten sich.

#### **Telegram-Kanal des Außenministerium der RF: Kommentar des Außenministers Russlands S.W. Lawrow über den von der ukrainischen Seite vorgelegten Entwurf einer Vereinbarung.**

„Gestern hat die ukrainische Seite in der Verhandlungsgruppe einen Entwurf einer Vereinbarung vorgelegt. In diesem ist ganz offensichtlich ein Abgehen von den wichtigsten Regelungen, die beim Treffen in Istanbul am 29. März in einem Dokument festgehalten wurden, unter dem die Unterschrift des Leiters der ukrainischen Delegation D. Arachamij steht.

In jenem Dokument haben die Ukrainer deutlich formuliert, dass zukünftige Sicherheitsgarantien für die Ukraine sich nicht auf die Krim und Sewastopol erstrecken

werden. In dem gestrigen Entwurf fehlt diese deutliche Feststellung, stattdessen werden diffuse Formulierungen über irgendeine „effektive Kontrolle“ zum Stand am 23. Februar vorgeschlagen. ...

Eine solche Verhandlungsunfähigkeit ist chronisch geworden. Sie charakterisiert die wahren Pläne Kiews, seine Linie auf eine Verzögerung und eine Sabotage der Verhandlungen über ein Abgehen von den erreichten Begriffen. Wir sehen darin eine Erscheinung des Sachverhalts, dass das Kiewer Regime von Washington und seinen Verbündeten kontrolliert wird, die den Präsidenten W.A. Selenskij zur Verlängerung der Kampfhandlungen treiben.

#### 15:11 de.rt.com: **Experte: USA können russische Kohlelieferungen nach Europa nicht ersetzen**

Zwar hat Brüssel beschlossen, die Kohleimporte aus Russland zu ersetzen, doch bleibt die Frage offen, wo der Brennstoff herkommen soll. Berichten zufolge können weder US-amerikanische noch indonesische oder australische Lieferanten ausreichend Kohle liefern. Der US-amerikanische Kohlebergbau ist nicht in der Lage, die Produktion auszuweiten, um russische Kohle auf dem europäischen Markt zu ersetzen. Darauf wies der größte US-Exporteur hin.

Der Kommentar erfolgte, nachdem die EU-Kommission erklärt hatte, dass sie im Rahmen eines umfassenderen Sanktionspakets gegen Moskau wegen des Konflikts in der Ukraine ein Verbot von Kohleimporten aus Russland verhängen werde.

Ernie Thrasher, Vorstandsvorsitzender von Xcoal Energy & Resources, dem größten Exporteur der USA, betonte gegenüber der Nachrichtenagentur Bloomberg:

"Ich sehe keine Möglichkeit für die Branche, die Produktion auszuweiten. Es ist wie bei einem süßen Dessert, das man einfach nicht erreichen kann."

Die USA gehören zu den fünf größten Kohleexporteuren der Welt und verkaufen den Großteil ihrer Kohle nach Indien, Brasilien und Südkorea.

Laut Thrasher ist der größte Teil der US-Kohleproduktion bereits im Rahmen langfristiger Verträge verkauft worden. Es gebe nur vergleichsweise geringe Mengen, die nach Europa geliefert werden können. Da Kohle der schmutzigste fossile Brennstoff sei, habe man kaum in neue Kapazitäten investiert, erklärte der Geschäftsmann. Er fügte hinzu, dass die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und die pandemiebedingten Engpässe in der Versorgungskette es ebenfalls schwierig machten, zusätzliche Tonnen für den Export zu liefern.

Medienberichten zufolge haben sich potenzielle Käufer aus einigen EU-Ländern bereits an Indonesien und Australien, die weltweit größten Exporteure von Kraftwerkskohle, gewandt. Aber auch diese Länder verfügen über begrenzte Kapazitäten. Die EU will sich von Lieferungen aus Russland lösen, die 70 Prozent des europäischen Bedarfs an Kraftwerkskohle decken.

Nachdem die EU am Dienstag ihre Sanktionspläne gegen Russland angekündigt hatte, stiegen die Aktien von US-Kohlebergwerken sprunghaft an. Die Kohlepreise in den USA sind gestiegen und haben vergangene Woche zum ersten Mal seit 2008 die Marke von 100 US-Dollar pro Tonne überschritten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ec86048fbef119415410e.jpg>

### 15:39 de.rt.com: **Armenien und Aserbaidschan einigen sich auf "konkreten Prozess" für Friedensvertrag**

Der Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach begann schon Ende der 1980er-Jahre, als es die Sowjetunion noch gab. Während anfangs Armenier einen Großteil des Gebiets besetzen konnten, eroberte Aserbaidschan wichtige Teile der Provinz im Jahr 2020. Die beiden zerstrittenen kaukasischen Nachbarstaaten Aserbaidschan und Armenien haben beschlossen, einen "konkreten Prozess" zur Einleitung von Friedensgesprächen zu führen. Das gab der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel am Mittwoch nach einem Gespräch mit den Präsidenten beider Staaten bekannt, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu schrieb.

Gegenüber Journalisten betonte Michel, dass die beiden Staatspräsidenten Ilham Alijew und Nikol Paschinjan bei den Gesprächen "viele Fortschritte" gemacht hätten. Der EU-Vertreter fügte hinzu:

"Das bedeutet, dass wir alle gemeinsam beschlossen haben, einen konkreten Prozess für Friedensgespräche einzuleiten, um einen möglichen Friedensvertrag vorzubereiten und alle notwendigen Elemente für einen solchen Vertrag zu behandeln."

Die Anführer beider Staaten einigten sich demnach darauf, einen gemeinsamen Ausschuss sowie einen Kommunikationskanal einzurichten, sagte Michel nach dem fünfständigen Gespräch. Er bekräftigte:

"Wir arbeiten sehr hart. Wir machen Fortschritte. Ich unterschätze die Herausforderungen nicht, die Schwierigkeiten auf beiden Seiten, aber ich habe das Gefühl, dass es einen gemeinsamen Willen gibt, Fortschritte zu machen."

Im Anschluss an das Gespräch veröffentlichte Michel eine Presseerklärung, in der er erneut die Bereitschaft der Europäischen Union unterstrich, ihre Zusammenarbeit mit Aserbaidschan und Armenien auszuweiten, um Spannungen im Südkaukasus abzubauen und eine "sicherere, stabilere und wohlhabendere" Region zu schaffen.

Sowohl Alijew als auch Paschinjan betonten Michel zufolge ihren Willen, auf schnellem Weg ein Friedensabkommen zwischen beiden Staaten zu erreichen. Der EU-Ratspräsident fügte in der Erklärung hinzu:

"Zu diesem Zweck wurde vereinbart, die Außenminister mit der Ausarbeitung eines künftigen Friedensvertrags zu beauftragen, in dem alle notwendigen Fragen geregelt werden."

Auch einigten sich die Präsidenten darauf, bis Ende April eine gemeinsame Grenzkommission einzurichten. In der Erklärung heißt es dazu:

"Das Mandat der Gemeinsamen Grenzkommission wird darin bestehen, die bilaterale Grenze

zwischen Armenien und Aserbaidschan abzugrenzen und eine stabile Sicherheitslage entlang der Grenze und in deren Nähe zu gewährleisten."

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion streiten beide Staaten um die Region Bergkarabach, die offiziell zwar Aserbaidschan gehört, aber überwiegend von Armeniern bewohnt wird. Anfang der 1990er-Jahre hatten armenische Truppen die Provinz besetzt. Bei einem weiteren anderthalbmonatigen Krieg im Herbst 2020 eroberte Aserbaidschan bedeutende Teile Bergkarabachs zurück.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eb04cb480cc4ece4be14c.jpg>

### 15:50 de.rt.com: **Sergei Lawrow kritisiert Kiewer Vertragsentwurf mit Russland nach Ukraine-Gesprächen**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat den Entwurf eines Abkommens zwischen Russland und der Ukraine, den Kiew am Mittwoch unterbreitet hatte, kritisiert. Das Dokument weiche eindeutig von den Bestimmungen ab, die von den Unterhändlern der beiden Länder zuvor in Istanbul festgelegt worden waren, bemängelte Russlands Chefdiplomat.

Ihm zufolge habe sich die Ukraine zuvor verpflichtet, dass die Sicherheitsgarantien nicht für die Halbinsel Krim und die Stadt Sewastopol gelten würden, während die neue Fassung des Vertrags nicht diese Klausel, sondern nur "vage Formulierungen" enthalte. Darüber hinaus sagte Lawrow, dass Kiew die Bestimmung über die Durchführung von Militärübungen geändert habe, ohne dort die Notwendigkeit der Zustimmung russischer Behörden zu erwähnen.

Außerdem bezeichnete der Außenminister den im Entwurf enthaltenen Vorschlag, die Probleme der Krim und des Donbass zur Diskussion bei einem Treffen von Wladimir Putin und Wladimir Selenskij zu stellen, als inakzeptabel. Lawrow schlussfolgerte:

"Die Einigungsunfähigkeit schildert einmal mehr die wahren Absichten Kiews, seine Linie, die Verhandlungen durch ein Abweichen von den getroffenen Vereinbarungen hinauszuzögern und gar zu unterminieren. Das Kiewer Regime wird von Washington und seinen Verbündeten kontrolliert, die Präsident Selenskij dazu drängen, die Kampfhandlungen fortzusetzen."

Lawrow betonte dennoch, dass der Verhandlungsprozess "trotz aller Provokationen" fortgesetzt werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624ee97248fbef4e1e055ef6.jpg>

### 16:10 de.rt.com: **Wegen Falschberichterstattung und Diskriminierung: Russische Aufsichtsbehörde verbietet Werbung für Google**

Die russische Kommunikationsaufsichtsbehörde Roskomnadsor hat Google ein Werbeverbot auferlegt. Produkte des Konzerns und seiner Tochterunternehmen dürfen auf dem Staatsgebiet der Russischen Föderation nicht mehr beworben werden. Entsprechende Hinweise werden aktuell an Werbeträger adressiert, die das russische Auditorium als Zielmarkt haben.

Außerdem müssen auf russischem Staatsgebiet zugängliche Suchmaschinen jeden Verweis auf Produkte von Google oder seiner Tochterunternehmen eine Bemerkung anbringen, die den Internetnutzer über Verstöße gegen russisches Gesetz informiert, die Google begeht, und die auch Gründe für die Strafmaßnahmen sind.

Diese betreffen vor allem den Video-Hosting-Dienst YouTube, die Aufsichtsbehörde listet sie in einer Mitteilung auf ihrer Homepage. Der erste betrifft Duldung von Falschinformationen über die russische Kampagne in der Ukraine und extremistischen Materialien ukrainischer Nazi-Milizen wie des "Asow"-Regiments:

"Die Video-Hosting-Website YouTube ist zu einer der wichtigsten Plattformen für die Verbreitung von Falschinformationen über den militärischen Sondereinsatz in der Ukraine geworden, die die Streitkräfte der Russischen Föderation diskreditieren soll. Darüber hinaus bekämpft YouTube nicht die Verbreitung von Informationen extremistischer Organisationen wie des Rechten Sektors und des nationalistischen 'Asow'-Regiments – bis heute verbleiben dort über 12.000 solcher verbotenen Materialien ungelöscht."

Der zweite Verstoß ist die Zensur, die YouTube gegen russische Medien betreibt:

"Außerdem wurden seit April 2020 etwa 60 Vorfälle festgehalten, bei denen die YouTube-Videoplattform Inhalte russischer Medien, staatlicher, öffentlicher und Sportorganisationen und in diesen Bereichen tätiger Personen diskriminierte. So wurden insbesondere Konten oder Inhalte der Nachrichtenagenturen Russia Today, Rossija 24, Sputnik, Swesda, RBK, NTV und vieler anderer gesperrt."

Die oben skizzierten Strafmaßnahmen behalten ihre Gültigkeit, bis der Google-Konzern wirksam eine Beseitigung aller derartiger Missstände anordnet, so die russische Aufsichtsbehörde.

### 17:16 (16:16) ria.ru: **Die Vereinigten Staaten haben den Kommunikationskanal mit Russland zur Cybersicherheit geschlossen – Sicherheitsrat**

Die Vereinigten Staaten haben einseitig den Kommunikationskanal mit Russland in Fragen der Cybersicherheit geschlossen, sagte der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates Oleg Chramow in einem Interview mit der Rossijskaja Gaseta.

Ihm zufolge wurden nach der Unterdrückung der Aktivitäten der Hackergruppe REvil im

Februar Vorschläge an das Weiße Haus übermittelt, um mit der Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen zum Schutz der kritischen Infrastruktur beider Länder vor zerstörerischen Auswirkungen zu beginnen. Er stellte fest, dass zuvor im Rahmen der Arbeit der gemeinsamen Gruppe des Kremls und des Weißen Hauses unter der Schirmherrschaft des russischen Sicherheitsrates und des US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsrates "die Parteien Listen von Objekten der kritischen Informationsinfrastruktur beider Länder ausgetauscht haben".

„Allerdings hat uns das Weiße Haus jetzt mitgeteilt, dass es sich einseitig aus dem Verhandlungsprozess zurückzieht und den Kommunikationskanal schließt“, sagte Chramow, der Teamleiter auf russischer Seite ist.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0a/0f/1754736377\\_0:0:3068:1727\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_653195e82a6c601b71c1b3714aa6e9a3.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0a/0f/1754736377_0:0:3068:1727_1280x0_80_0_0_653195e82a6c601b71c1b3714aa6e9a3.jpg)

16:35 de.rt.com: **Kuleba: Kampf um Donbass wird dem Zweiten Weltkrieg ähneln**

Der Kampf um den Donbass wird dem Zweiten Weltkrieg ähneln. Diese Meinung vertritt der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba. Ihm zufolge wird diese Schlacht mit großen operativen Manövern und Tausenden von Panzern, Flugzeugen und gepanzerten Fahrzeugen geführt werden. Kuleba wandte sich an die NATO und sagte:

"Entweder helft ihr uns jetzt – ich spreche von Tagen, nicht von Wochen – oder eure Hilfe wird zu spät kommen und viele Menschen werden sterben."

Nach Ansicht des ukrainischen Außenministers schaden die gegen Russland verhängten Sanktionen dem Land. Sie würden jedoch nicht ausreichen, um die Feindseligkeiten zu beenden. Kuleba betonte:

"Die Sanktionen schaden Russland, aber sie reichen nicht aus, um den Krieg zu beenden."

Zuvor hatte der ukrainische Außenminister die Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz aufgefordert, Kiew mit Waffen zu versorgen. In Brüssel, wo derzeit ein Treffen der NATO-Außenminister stattfindet, sagte Kuleba:

"Meine Agenda ist sehr einfach, es gibt nur drei Punkte – Waffen, Waffen und Waffen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eebfc48fbef4e1e055efc.jpg>

### 17:00 de.rt.com: **Vatikan kritisiert westliche Waffenlieferungen an die Ukraine**

Der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Pietro Parolin, hat erklärt, dass westliche Länder keine Waffen an die Ukraine liefern sollten. Er sei davon überzeugt, dass solche Aktionen der Beilegung des Konflikts abträglich sind und zu seiner Eskalation beitragen. Parolin sagte: "Die internationale Gemeinschaft will eine Eskalation vermeiden, und bisher hat niemand persönlich eingegriffen. Aber ich sehe, dass es viele sind, die Waffen schicken. Es ist beängstigend zu denken, dass dies zu einer unkontrollierbaren Eskalation führen könnte."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eefc748fbef4e19769c23.jpg>

### 17:25 de.rt.com: **Selenskijs Auftritt mit "Asow"-Mitgliedern vor dem griechischen Parlament sorgt für Skandal**

Die Rede des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij vor dem griechischen Parlament, zusammen mit Angehörigen des "Asow"-Bataillons (gegen dessen Kämpfer in Russland ein Strafverfahren läuft), hat einen politischen Skandal ausgelöst. Das berichtete ein Korrespondent von RIA Novosti.

Die Rede des ukrainischen Staatsoberhauptes wurde von den Abgeordneten der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) und der rechtsgerichteten Partei "Griechische Lösung" (Elliniki Lysi) boykottiert. Parlamentspräsident Konstantinos Tasoulas erklärte, dass "Griechenland vom ersten Moment an auf der Seite Kiews stand" und dem Land militärische und humanitäre Hilfe geschickt habe. Tasoulas stellte fest, dass die Griechen die Situation in der Ukraine sehr aufmerksam verfolgten. Aber nur die Abgeordneten der Regierungspartei "Nea Dimokratia" begrüßten den ukrainischen Präsidenten.

"Es ist inakzeptabel, dass Mitglieder des Asow-Bataillons heute vor dem griechischen

Parlament zusammen mit Präsident Selenskij gesprochen haben", sagte die Sekretärin der führenden Oppositionspartei SYRIZA – Progressive Allianz. Selenskij stellte die beiden "Asow"-Angehörigen, von denen einer maskiert auftrat, als Ukrainer griechischer Herkunft vor. Einer der beiden gab an, in Mariupol geboren zu sein. Sein Großvater habe "im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis gekämpft." Er selbst gehöre dem "Asow"-Bataillon an, das "gegen russische Nazis" kämpfe, wie er behauptete. Selenskij's Rede dauerte nur etwa 15 Minuten. Bemerkenswert ist, dass der Vorsitzende der SYRIZA-Partei und offizielle Oppositionsführer Alexis Tsipras nach dem Ende der Sitzung nicht aufstand.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624eefd748fbef5282090af5.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 7. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Wolodarskoje und Mangusch Ausrüstung montiert und einen 3G-Bereich eingerichtet, in Wolnowacha 4G. Im Gebiet von Beresowoje wurde die Kommunikationsleitung Donezk – Mariupol repariert.

In Nowogrigorowka, Staroignatjewka, Swobodnoje, Wolnowacha und Wolodarskoje wurden an 706 Empfänger Renten ausgezahlt.

Das **Gesundheitsministerium** der DVR erfasst in den befreiten Gebieten weiter Bürger.

In Mariupol erhielten 132 Patienten die notwendige konsultative und medizinische Hilfe.

**Mitarbeiter des Verkehrsministeriums** der DVR haben 5 Busse zur Evakuierung der Bevölkerung aus den befreiten Territorien zur Verfügung gestellt und eine zwischenstädtische Buslinie auf der Strecke Donezk Busbahnhof Süd und Granitnoje über Starolaspa, Nowolaspa und Staroignatjewka eingerichtet.

Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben an der Eisenbahnstation Wolnowacha 318 Meter Schienen ausgetauscht, das Dach es Postens EZ-1 repariert, einen Diesel-Generator an der Eisenbahnstation und ein Zugumspannwerk wieder in Betrieb genommen, was es erlaubte Objekte der Eisenbahninfrastruktur, des sozialen Bereichs und von Organen der Exekutive an die Stromversorgung anzuschließen.

**Kräfte des Zivilschutzministeriums** der DVR haben auf den befreiten Territorien fast 23 Hektar untersucht. 1451 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften auf. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter

Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
  - die sich vor Ort schlecht orientieren;
  - die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
  - die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
  - sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
  - die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
  - die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
- Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

### 17:38 de.rt.com: **Mit einem überraschenden Video: Al-Kaida-Anführer zerstreut Gerüchte über seinen Tod**

Ein seltenes Video tauchte am Dienstag ins Netz auf. Der Chef von Al-Kaida, Aiman al-Zawahiri, lobte darin eine indische Muslimin namens Muskan Khan. Diese hatte sich im Februar gegen ein Verbot des traditionellen Kopftuchs Hidschab gewehrt. Das Filmmaterial ist der erste Beweis seit Monaten, dass der Islamist, der einst als Nummer 2 nach Osama bin Laden bekannt war, noch am Leben ist.

Das Kopftuch-Verbot hatte die Stimmung in Indien in letzter Zeit aufgeheizt. Muslimische Studentinnen demonstrierten gegen das Hidschab-Verbot in den Klassenzimmern des südlichen Bundesstaats Karnataka.

In einem früheren Video von Al-Zawahiri, das zum Jahrestag des 11. September veröffentlicht wurde, hatte dieser nicht über die Machtübernahme der Taliban Mitte August 2021 in Afghanistan gesprochen. Er erwähnte allerdings den Angriff vom 1. Januar 2021, der auf russische Truppen am Rande der nordsyrischen Stadt Raqqa abzielte.

"Er könnte immer noch tot sein, aber wenn ja, wäre das irgendwann im oder nach Januar 2021 gewesen", hatte die SITE-Direktorin Rita Katz nach Al-Zawahiris Video zum 11. September getwittert.

Aus den Filmaufnahmen vom Dienstag geht kein eindeutiger Hinweis auf den Aufenthaltsort von Al-Zawahiri hervor. Der Islamist inszenierte sich in dem Video als ein heiliger Mann – eingehüllt in ein weißes Gewand und weißes Tuch –, während am unteren Rand der Slogan "die edle Frau Indiens" stand.

Das FBI hatte bereits 25 Millionen Dollar für Hinweise ausgelobt, die zur Ergreifung von Al-Zawahiri führen. Sicherheitskreise vermuten, Al-Zawahiri halte sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet auf. Womöglich habe ihn auch Pakistans Geheimdienst ISI, wie einst Osama bin Laden, in einer pakistanischen Großstadt untergebracht.

Das Video beschwört abermals das Gespenst der Al-Kaida-Präsenz in Afghanistan herauf, und unterstreicht erneut die Besorgnis über das Engagement der dort regierenden Taliban. Die Taliban bekämpfen nach eigenen Angaben Terrorgruppen wie Al-Kaida und verweigern ihnen den Raum in Afghanistan. Die Miliz hatte mehrfach versprochen, nicht mehr zuzulassen, dass Al-Kaida-Zellen in Afghanistan Fuß fassen. Al-Zawahiri übernahm das Amt des Al-Kaida-Anführers, nachdem Bin Laden 2011 Berichten zufolge von der US-Armee in der Operation Neptune Spear getötet worden war.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ece9948fbef4f0e1fa822.jpg>

### 17:50 de.rt.com: **Stoltenberg: NATO wird Unterstützung für Ukraine, Georgien und Bosnien und Herzegowina ausbauen**

Gebiet wird die NATO ihre Unterstützung für die Ukraine, Georgien sowie Bosnien und Herzegowina ausweiten. Dies gab der Generalsekretär des Nordatlantischen Bündnisses, Jens Stoltenberg, bekannt.

Auf einer Pressekonferenz wies er darauf hin, dass die NATO und ihre Partner in der asiatisch-pazifischen Region vereinbart hätten, die Zusammenarbeit in den Bereichen Cyberspace, neue Technologien, Bekämpfung von Desinformation, maritime Sicherheit, Klima und Nachhaltigkeit zu verstärken. Darüber hinaus sagte Stoltenberg:

"Wir erörtern die Verstärkung der Unterstützung für unsere Partner, darunter Georgien und Bosnien und Herzegowina."

Er fügte hinzu, dass die Ausweitung der Partnerschaft mit Georgien im Rahmen der bereits bestehenden Pakete für Cybersicherheit und Widerstandsfähigkeit geplant sei.

Zur Unterstützung der Ukraine durch das Bündnis wies Stoltenberg darauf hin, dass die NATO dem Land eine breite Palette von Waffen liefere, ohne diese in defensive und offensive Waffen zu unterteilen.

Er bezeichnete die von den westlichen Ländern verhängten Sanktionen als beispiellos und fügte hinzu, dass die NATO-Länder vereinbart hätten, den Druck auf Russland wegen der militärischen Sonderoperation weiter zu erhöhen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f00e6b480cc19614cced4.jpg>

### 17:57 de.rt.com: **UN-Generalversammlung suspendiert russische Teilnahme am UN-Menschenrechtsrat**

Die UN-Generalversammlung hat die russische Teilnahme am UN-Menschenrechtsrat

eingestellt. Initiiert wurde die Abstimmung durch die USA, die das vorschlugen, nachdem Videos über angebliche Gräueltaten der russischen Streitkräfte in der Ukraine aufgetaucht waren.

Die UN-Generalversammlung hat beschlossen, die Mitgliedschaft Russlands im UN-Menschenrechtsrat auszusetzen. 93 Länder stimmten dafür, 24 dagegen und 58 enthielten sich. Die Abstimmung wurde durch die USA nach dem Auftauchen von Videos aus der ukrainischen Stadt Butscha initiiert.

Die US-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield hatte am Montag den Ausschluss Russlands aus dem 47 Nationen umfassenden Gremium gefordert und die Teilnahme dieses Landes als "Farce" bezeichnet, nachdem Videos und Fotos aus der Stadt in der Nähe von Kiew Leichen von angeblich zivilen Personen gezeigt hatten. Die Ukraine und die USA beschuldigten Russland eines Massakers, was Moskau vehement bestreitet.

China, ebenfalls ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, stimmte mit "Nein". Auch Algerien, Bolivien, Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Kuba, Nordkorea, Eritrea, Äthiopien, Gabun, der Iran, Kasachstan, Kirgisien, Laos, Mali, Nicaragua, Russland, Syrien, Tadschikistan, Usbekistan, Vietnam und Simbabwe stimmten dagegen.

Bei den bekanntesten Stimmenthaltungen waren Indien, Brasilien, Saudi-Arabien und Südafrika. Bemerkenswert ist es, dass auch Ungarn und Serbien für den Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat stimmten.

Als Moskau eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates zur Untersuchung der mutmaßlichen Gräueltaten forderte, lehnte das Vereinigte Königreich - das derzeit den Vorsitz führt - dies ab. Die USA und ihre Verbündeten beschlossen stattdessen, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen, wobei sie sich ausschließlich auf die ukrainischen Anschuldigungen stützten, um die Schuld Russlands zu untermauern.

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba begrüßte die Abstimmung vom Donnerstag. Auf Twitter schrieb er:

"Kriegsverbrecher haben in UN-Gremien, die die Menschenrechte schützen sollen, nichts zu suchen. Ich bin allen Mitgliedsstaaten dankbar, die die entsprechende Resolution der UN-Generalversammlung unterstützt und sich für die richtige Seite der Geschichte entschieden haben."

Moskau wiederum erklärte, dass die Versuche, Russland aus dem Menschenrechtsrat auszuschließen, politisch motiviert seien und von Ländern unternommen würden, die "die Politik des Neokolonialismus der Menschenrechte" in den internationalen Beziehungen fortsetzen wollen.

Gennadi Gatilow, Russlands Botschafter bei der UN-Mission in Genf, bezeichnete die US-Resolution als "unbegründet und rein emotionale Angeberei, die vor der Kamera gut aussieht - so wie es den USA gefällt", und warf Washington vor, die Ukraine-Krise für seinen eigenen Vorteil "auszunutzen".

Libyen war das erste und bis zuletzt einzige Land, dessen Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat ausgesetzt wurde. Die entsprechende Entscheidung wurde am 1. März 2011 aufgrund der brutalen Unterdrückung von Anti-Regierungs-Demonstrationen durch den damaligen Staatschef Muammar al-Gaddafi getroffen.

Voting Ended		07-Apr-22		12:48:48		
<b>Item 5 - Draft resolution A/ES-11/L.4</b>						
<b>Suspension of the rights of membership of the Russian Federation in the Human Rights Council</b>						
AFGHANISTAN ALBANIA ALGERIA ANDORRA ANGOLOA ANTIGUA-BARBUDA ARGENTINA ARMENIA AUSTRALIA AUSTRIA AZERBAIJAN BAHAMAS BAHRAIN BANGLADESH BARBADOS BELARUS BELGIUM BELIZE BENIN BHUTAN BOLIVIA BOSNIA-HERZEGOVIL... BOTSWANA BRAZIL BRUNEI DARUSSAL... BULGARIA BURKINA FASO BURUNDI CABO VERDE CAMBODIA	CAMEROON CANADA CENTRAL AFR REP... CHAD CHILE CHINA COLOMBIA COMOROS CONGO COSTA RICA COTE D'IVOIRE CROATIA CUBA CYPRUS CZECH REPUBLIC DEM PR OF KOREA DEM REP OF THE C... DENMARK DJIBOUTI DOMINICA DOMINICAN REP... ECUADOR EGYPT EL SALVADOR EQUATORIAL GUINEA ERITREA ESTONIA ESWATINI ETHIOPIA FIJI	FINLAND FRANCE GABON GAMBIA GEORGIA GERMANY GHANA GREECE GRENADA GUATEMALA GUINEA GUINEA-BISSAU GUYANA HAITI HONDURAS HUNGARY ICELAND INDIA INDONESIA IRAN (ISLAMIC REP... IRAQ IRELAND ISRAEL ITALY JAMAICA JAPAN JORDAN KAZAKHSTAN KENYA KIRIBATI	KUWAIT KYRGYZSTAN LAO PDR LATVIA LEBANON LESOTHO LIBERIA LIBYA LIECHTENSTEIN LITHUANIA LUXEMBOURG MADAGASCAR MALAWI MALAYSIA MALDIVES MALI MALTA MARSHALL ISLANDS MAURITANIA MAURITIUS MEXICO MICRONESIA (FS) MONACO MONGOLIA MONTENEGRO MOROCCO MOZAMBIQUE MYANMAR NAMIBIA NAURU	NEPAL NETHERLANDS NEW ZEALAND NICARAGUA NIGER NIGERIA NORTH MACEDONIA NORWAY OMAN PAKISTAN PALAU PANAMA PAPERUA NEW GUINEA PARAGUAY PERU PHILIPPINES POLAND PORTUGAL QATAR REP OF KOREA REP OF MOLDOVA ROMANIA RUSSIAN FED... RWANDA SAINT KITTS-NEVIS SAINT LUCIA SAINT VINCENT-GR... SAMOA SAN MARINO SAO TOME-PRINCIPE	SAUDI ARABIA SENEGAL SERBIA SEYCHELLES SIERRA LEONE SINGAPORE SLOVAKIA SLOVENIA SOLOMON ISLANDS SOMALIA SOUTH AFRICA SOUTH SUDAN SPAIN SRI LANKA SUDAN SURINAME SWEDEN SWITZERLAND SYRIAN ARAB REP... TAJIKISTAN THAILAND TIMOR-LESTE TOGO TONGA TRINIDAD-TOBAGO TUNISIA TURKEY TURKMENISTAN TUVALU UGANDA	UKRAINE UNITED ARAB EMIR... UNITED KINGDOM UNITED REP TANZA... UNITED STATES URUGUAY UZBEKISTAN VANUATU VENEZUELA VIET NAM YEMEN ZAMBIA ZIMBABWE
<input checked="" type="checkbox"/> IN FAVOUR: 93		<input type="checkbox"/> AGAINST: 24		<input checked="" type="checkbox"/> ABSTENTION: 58		

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f110fb480cc195e63bc14.jpg>

abends:

### 18:15 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium: NATO-Länder waren an der Entwicklung neuer Waffen für Ukraine beteiligt

Die Agentur TASS meldet, dass nach Angaben des russischen Militärs in der Instrumentenfabrik von Isjum optische Geräte für ukrainische Panzerfahrzeuge (BTR-4E) gemäß NATO-Standards hergestellt wurden.

"Außerdem wurden auf dem Gelände des Werks Unterlagen, Zeichnungen und Zeitschriften gefunden, die die Beteiligung von NATO-Ländern an gemeinsamen Projekten zur Entwicklung von Einheiten und Teilen für die Konstruktion neuer Modelle von Waffen und militärischer Ausrüstung der AFU widerspiegeln", so das russische Verteidigungsministerium. Es stellte ferner fest, dass die Kräfte der ukrainischen Luftwaffe und die Kämpfer der ukrainischen nationalistischen Bataillone das Gelände des Werks in einen befestigten Bereich verwandelt und dort die Verteidigung aufrechterhalten hatten. Vor einigen Tagen wurden die ukrainischen Einheiten schließlich durch russische Truppen von hier vertrieben.

Das russische Verteidigungsministerium teilte weiter mit:

"Auf dem Gelände der Anlage wurden Waffen aus westlicher Produktion gefunden, die von den Einheiten des Kiewer Regimes während des Rückzugs zurückgelassen worden waren: tragbare Stinger-Flugabwehrraketensysteme, verschiedene Panzerabwehrsysteme sowie Waffen und Munition aus ukrainischer Produktion."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f08deb480cc194943a853.png>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 7.4.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurde **ein Zivilist verletzt**. 22 Wohnhäuser, 2 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Die ukrainischen Nationalisten setzen den Terror und das Genozid gegen die Zivilbevölkerung auf dem zeitweilig von ihnen kontrollierten Territorium der Donezker Volksrepublik fort. Nach Informationen von Unternehmern **in Ugledar haben ukrainische Nationalisten mehr als die Hälfte der Lebensmittellager und Geschäfte der Stadt geplündert**. Unter den ukrainischen Besatzern litten 12 Bürger, das Schicksal von 6 Verkäuferinnen und Mitarbeitern ist unbekannt.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer wurden, versuchen Sie, ein Video oder Foto von den Fällen zu machen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Nach Absenden der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 54 ukrainische Nationalisten, 9 Feuerpunkte, davon 3 von Mörsermannschaften, 2 Panzerfahrzeuge und einen Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 120mm-Mörser und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **in den letzten 24 Stunden 4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen

**Pflicht starben, 26 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbeispiel für zukünftige Generationen sein werden.

Am 24. März 2022 wurde eine Gruppe mit drei Panzern unter Kommando des stellvertretenden Kommandeurs eines Panzerbataillons der 5. Brigade Hauptmann Pjotr Jewgenjewitsch Lusanow bei der Verlegung der Militärtechnik in das Gebiet, wo die Kampfaufgaben stattfanden, von einer Panzergruppe des Gegners, die aus 10 Panzern bestand, umzingelt. Die Gruppe von Hauptmann P.E. Lusanow trat in den ungleichen Kampf ein und konnte dank der fachkundigen Führung, der Organisiertheit der Einheit und der Selbstlosigkeit der Mannschaft acht Panzer des Gegners vernichten und die übrig gebliebenen Kampfgeräte des Gegners zum Abzug zwingen. Trotz einer Verletzung setzte Hauptmann P.E. Lusanow die Kampfaufgabe fort. Während der Bewegung im südwestlichen Teil von Mariupol trat er in einen Kampf mit Nationalisten ein, vernichtete vier Feuerstellungen und mehr als 10 Mann des Gegners, was es erlaubte, die Blockade einer Spezialgruppe zu durchbrechen und diese aus dem Beschuss durch die Nationalisten herauszuziehen. Danach setzte er nach der Vereinigung mit den Hauptkräften die Ausführung der Kampfaufgaben zur Befreiung von Mariupol fort.

19:56 (18:56) novorosinform.org: **Ein Söldner aus Dänemark bestätigte die Tötung gefangener russischer Soldaten durch das ukrainische Militär**

Ein Söldner aus Dänemark, der auf Seiten der Ukraine kämpft, sprach unter der Bedingung der Anonymität über die Tötung russischer Kriegsgefangener durch Soldaten der Streitkräfte der Ukraine, berichtet TV2.

Nach Angaben des dänischen Söldners plante das ukrainische Militär nicht, russische Kriegsgefangene auszutauschen, sondern tötete sie einfach, was ein Kriegsverbrechen ist. Gleichzeitig erklärte er, dass er an diesen Hinrichtungen des russischen Militärs nicht teilgenommen habe, teilt RIA Novosti mit.

"Ich hatte zuvor von einem erfolgreichen Austausch von Kriegsgefangenen gehört, aber hier ist das anders. Menschen werden getötet", sagte der Söldner dem Fernsehsender.

Der Söldner aus Dänemark sagte auch, dass es ihm vor dem Massaker an russischen Kriegsgefangenen gelungen sei, einige von ihnen kennenzulernen und persönlich zu sprechen. Wir erinnern daran, dass der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation berichtete, dass etwa 600 Söldner aus 47 Ländern auf dem Territorium der Ukraine eingetroffen seien, um an den Feindseligkeiten auf Seiten des Kiewer Regimes teilzunehmen.



[https://novorosinform.org/content/images/25/82/42582\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/25/82/42582_720x405.jpg)

18:58 de.rt.com: **Mischustin: Schwierigste Lage der russischen Wirtschaft seit 30 Jahren, aber Isolierung unmöglich**

Am Donnerstag ist Russlands Regierungschef Michail Mischustin in der Duma mit einer Rede über die russische Wirtschaft unter den beispiellosen westlichen Sanktionen aufgetreten. Russland von der Weltwirtschaft zu isolieren, sei heute unmöglich, lautete die Botschaft. In seiner ausführlichen Rede zu den Perspektiven der russischen Wirtschaft angesichts der präzedenzlosen westlichen Sanktionen und den Gegenmaßnahmen der Regierung hat Russlands Ministerpräsident Michail Mischustin vor den Staatsduma-Abgeordneten zugegeben, dass die aktuelle Lage die schwierigste seit 30 Jahren ist. Dennoch sei es heute schon unmöglich, Russland von der Weltwirtschaft zu isolieren, unterstrich der russische Regierungschef. Der Westen entfesselte nach den Worten Mischustins einen "echten Wirtschaftskrieg" gegen Russland:

"Heute stehen vor der Regierung und dem Parlament ohne Übertreibung historische Herausforderungen und Aufgaben."

Der Ministerpräsident verwies darauf, dass von den westlichen Staaten Sanktionen gegen Russland verhängt worden seien, die man selbst während des Kalten Krieges nicht angewandt habe. Ihr Ziel bestehe darin, die russische Wirtschaft in wenigen Tagen zu zerstören, das Land um Jahrzehnte zurückzuwerfen und von der Welt zu isolieren. Dies werde aber nicht gelingen, erklärte Mischustin:

"Unser Land ist in globale Prozesse integriert. Wir haben Verbündete und Partner, mit denen wir unsere Zusammenarbeit fortsetzen."

In der Rede sprach der Regierungschef das sensible Thema der Einstellung der Tätigkeit vieler großer internationaler Unternehmen in Russland sowie des kompletten Abzugs einiger ausländischer Unternehmen aus Russland an. Der Ministerpräsident betonte, Russland sei auch heute zu einem konstruktiven Dialog mit dem ausländischen Business bereit und respektiere Arbeit und Bemühungen, die die Akteure in ihre Projekte in Russland investiert hätten:

"Aber wenn Sie gezwungen sind, den Markt zu verlassen, müssen die Betriebe die Tätigkeit fortsetzen. Sie bieten doch Arbeitsplätze an."

Die Wirtschaft habe den Schlag der Sanktionen überstanden, so Mischustin. Die Situation sei schwierig, aber damit könne man arbeiten. Die Regierung nimmt die Lage und ihre Verantwortung dem Ministerpräsidenten zufolge sehr ernst, und die Behörden wüssten, was sie tun sollten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ee0a2b480cc194943a80d.jpg>

19:35 de.rt.com: **Sowjetisches Ehrenmal in Treptow geschändet**

Wie die Berliner Zeitung unter Berufung auf das Portal t-online [berichtet](#), wurde das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow mit antirussischen Parolen beschmiert. Die Schmierereien seien von Mitarbeitern des Zentralen Objektschutzes der Polizei entdeckt worden. Eigentlich steht das Denkmal unter polizeilicher Bewachung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f24a848fbef4e1e055f26.jpg>

#### 20:00 de.rt.com: **Neue Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zur Lage in der Ukraine**

Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, hat am Abend des 7. April einen neuen Bericht über den Stand der russischen Militäroperation in der Ukraine gegeben.

Er wies darauf hin, dass eine Truppengruppierung der russischen Streitkräfte ihre Offensive ausgeweitet hat. Sie hat die Siedlungen Nowomichailowka und Ugledar vollständig blockiert und begonnen, diese von ukrainische Nationalisten zu säubern. Ihm zufolge wurden im Laufe des Tages eine verstärkte motorisierte Infanteriekompanie und ein Panzerzug der ukrainischen Truppen in dem Gebiet zerstört.

Die russischen Streitkräfte setzten ihre Angriffe auf die ukrainische militärische Infrastruktur fort. Des Weiteren schlugen hochpräzise Flugkörper in ein Lager ukrainischer Militärausrüstung am Bahnhof Nowograd-Wolynsk im Gebiet Schitomir ein. Infolge des Angriffs wurden die für die Verlegung einer Gruppe ukrainischer Truppen im Donbass vorgesehenen Reserven zerstört, so Konaschenkow.

Darüber hinaus griffen Einheiten der russischen Luftwaffe 42 ukrainische Militäreinrichtungen an, darunter ein Gefechtsstand, zwei Munitionsdepots, zwei Mehrfachraketenwerfer sowie zwölf Stützpunkte und Sammellager ukrainischer Militärausrüstung.

Konaschenkow fügte hinzu, dass die russische Luftabwehr in der Nähe der Stadt Cherson zwei ukrainische Militärhubschrauber abgeschossen habe, einen Mi-8 und einen Mi-24. Drei unbemannte Flugobjekte, darunter zwei Kampf- und Aufklärungsdrohnen vom Typ Bayraktar TB-2, wurden in der Nähe der Ortschaften Kriwoi Rog und Trudowoi zerstört.

Seit Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands wurden insgesamt 125 Flugzeuge, 95 Hubschrauber, 416 unbemannte Luftfahrzeuge, 2.003 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 220 Mehrfachraketenwerfer, 869 Stück Feldartillerie und Mörser sowie 1.902 militärische Spezialfahrzeuge der ukrainischen Streitkräfte zerstört.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f1ff548fbef4e661048af.jpg>

20:45 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow spricht von hohen Verlusten und nennt die Verhinderung eines Dritten Weltkriegs als Ziel der Operation in der Ukraine**

Laut einer Meldung von RIA Nowosti hat der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, [erklärt](#), Russland verhindere durch sein Vorgehen in der Ukraine die Gefahr eines Dritten Weltkriegs.

"Stellen Sie sich eine Situation vor, in der ein NATO-Mitglied, die Ukraine, die an die Rückgabe der Krim denkt, Russland und die russische Krim angreift. In Anwendung von Artikel 5 der NATO-Charta müssten die atomar bewaffneten NATO-Länder die Ukraine verteidigen, es könnte zu einem Dritten Weltkrieg kommen. Was jetzt getan wird, soll uns vor einer möglichen Bedrohung durch einen solchen Krieg schützen", erläuterte er im britischen Fernsehsender Sky News. Der Kremlsprecher räumte ein, dass die Situation auf diplomatischem Wege gelöst werden könne.

"Dies wird wesentlich davon abhängen, wie konsequent die ukrainische Position ist und inwieweit sie bereit sein wird, unsere Bedingungen zu akzeptieren", fügte Peskow hinzu.

Zuvor war gemeldet worden, dass Peskow die Verluste unter den russischen Militärs während der Sonderoperation in der Ukraine als erheblich und als "eine große Tragödie" bezeichnet hatte. "Ja, wir haben erhebliche Verluste beim Militär. Das ist eine große Tragödie."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f2eeeb480cc19105f6c94.jpg>

22:05 (21:05) [novorosinform.org](#): **Der neue Bürgermeister von Mariupol gab den Tod von fast 5.000 Zivilisten bekannt**

In Mariupol wurden infolge der Feindseligkeiten etwa 60-70% des Wohnungsbestandes zerstört, etwa 10% können nicht wiederhergestellt werden, sagte der Bürgermeister der Stadt Konstantin Iwaschtschenko.

Dies gab der neue Bürgermeister von Mariupol in einem Interview mit TASS bekannt. Iwaschtschenko antwortete auf die Frage nach der Zahl der Opfer von Kämpfen und Beschuss unter der Zivilbevölkerung und sagte, dass etwa 5.000 Menschen gestorben seien. Er sagte auch, dass ungefähr 250.000 Einwohner die Stadt verlassen hätten.

"Ja, die Abwanderung geht weiter, aber ich bin sicher, dass wir noch 300.000 übrig behalten. Die schlechteste Prognose ist nicht weniger als 250000. Wir haben den Bezirk Primorskij – allein dort leben 40.000 Personen", bemerkte Iwaschtschenko.

Zuvor hatte die Stadt etwa 600.000 Einwohner, fügte der Bürgermeister hinzu.

Das Stadtoberhaupt sagte, dass derzeit in Mariupol "etwa 60-70% des Wohnungsbestandes zerstört oder teilweise zerstört sind". Ihm zufolge geschah dies infolge des Beschusses von Grads, Mörsern und Artillerie. Fast 10 % des Wohnungsbestands sei nicht mehr reparierbar und müsse abgerissen werden.



[https://novorosinform.org/content/images/25/89/42589\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/25/89/42589_720x405.jpg)